

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

9. JAHRGANG · AUSGABE 1 · 2004 VOM 9. JANUAR 2004 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Konsumieren
als Bürgerpflicht**
Der Zynismus des Kanzlers

7 | **Nichtöffentlichkeit
mißbraucht**
Zum ZWA-Rausschmiß Finowfurts

15 | **Auch künftig ohne
»Rosa Brille«**
Barnimer Bürgerpost im Jahr 2003

Arbeitskreis Alternative Energien / Energiesparkontor Barnim

Von der erodierenden Plattenbaugroßsiedlung zur Solaren Gartenstadt

Erkner/Eberswalde (bbp). »Kein Abriß von leerstehenden Plattenbauten und -siedlungen! Sondern Umbau in Solarkraftwerke und -siedlungen! Nutzung der für die Finanzierung des Abrisses notwendigen Mittel für die Investitionen in den Umbau!« – Unter dieser Prämisse hat Ullrich Peickert von der Berliner Firma Naturhaus Architekten eine tolle Idee zum umsetzungsreifen Projekt vorangetrieben. Wie Professor Peter Haschke vom Energiesparkontor Barnim auf der letzten Arbeitsberatung des Vereins im Jahr 2003 informierte, kann so nicht nur auf städtebaulich, sozial, energetisch, wirtschaftlich und ökologisch mustergültige Weise zum massenhaften Einsatz von Solartechnik in Innenstädten und Stadtrandgroßsiedlungen beigetragen werden. Das Vorhaben bietet zugleich Raum für zahlreiche Anwendungen innovativer Technik und Verfahren der Energieeinsparung und Erneuerbarer Energien in unterschiedlicher effektiver Kombination. Anfang Dezember wurde das Projekt am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner durch die Initiatoren in Verbindung mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in einem Kolloquium vorgestellt und diskutiert.

Nach einem Jahr Projektstätigkeit in den Großsiedlungen Stendal-Süd und Stendal-Stadtsee konstatieren die mitwirkende Kommunalpolitik und die bislang eingeweihte Fachwelt eine strategisch grundlegende Umorientierung der bisherigen Sichtweisen. Das Bearbeiterteam vweist bereits entschieden auf den »Reichtum Platte«, mit dessen Entwicklung als Querschnittsaufgabe nahezu zwangsläufig nachhaltige Impulse z.B. für die regionale Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und den Klimaschutz zu erwarten sind. Gestützt auf die Mobilisierung privaten Kapitals ist die Nachnutzung des ehemaligen Kernkraftwerks-Wohnstandortes Stendal-Süd mit ehemals 2.800 Plattenbauwohnungen als

komplexes Solar- und Biomassekraftwerk bzw. der Umbau von Stendal-Stadtsee zu einer Solaren Gartenstadt bereits heute reale Option. Eine Option, die für die Mitglieder des Arbeitskreises Alternative Energien und des Energiesparkontors Barnim auch im Zusammenhang mit dem Stadtumbau in Eberswalde denkbar wäre.



Das Werk ist vollbracht. Die ersten Plattenbauten im Brandenburgischen Viertel sind dem Erdboden gleichgemacht. Bis 2020 sollen die meisten Wohnblöcke im westlichen Teil des Viertels folgen. Foto: G.M.

Hat das Brandenburgische Viertel noch eine Chance?

Allenthalben hört man in dieser Stadt begeisterte Ausrufe, wie toll es doch sei, im Rahmen des Bund-Länder-Programmes »Stadtumbau Ost« unsere Städte »zu lebenswerten und attraktiveren Wohn- und Wirtschaftsstandorte« umzubauen. Selbst die Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG) stimmt in ihrem WBG-Journal in den Jubelsturm ein. Dabei war dem WBG-Geschäftsführer Horst Gerbert in einem kurz vor dem Jahreswechsel im lokalen Fernsehen gegebenen Interview anzumerken, wie ihm der Totalabriß von gerademal fünfzehn Jahre alten Wohngebäuden an die Nieren geht. Ursprünglich waren die Pläne zum Stadtumbau auch ganz andere. Im Jahr 2000 sprach Gerbert in einem Gespräch mit Genossenschaftsvertretern noch von vereinzelt Abrissen zur Auflockerung der Wohnstruktur und trug Ideen von einer terrassenartigen Gestaltung der Wohnblocks im Brandenburgischen Viertel vor. Selbst eine Nachnutzung der abgebauten Platten für Einfamilien- oder Reihenhäuser war im Gespräch. Zweijährige Verhandlungen mit den Fördermittelgebern in Bund und Land sowie mit der Stadt Eberswalde ließen von all den Träumen nichts übrig. Einfachste Baggertechnik machte sich an ihr Zerstörungswerk. Und die Wohnungsunternehmen müssen noch froh darüber sein, da sie ansonsten von den Leerstandskosten in den Ruin getrieben würden. Wobei bemerkt werden darf, daß diese Leerstandskosten zu einem großen Teil aus den Verpflichtungen aus den sogenannten »Altschulden« herrühren. Vielleicht sind es auch deshalb gerade die jüngeren Gebäude, die mit den größten dieser »Altschulden« belastet sind, die dem Bagger zum Opfer fallen.

Den Wohnungsunternehmen allein blieb wohl kein anderer Ausweg. Jedoch zeigen Beispiele aus anderen Gegenden unseres Landes, daß Ideenreichtum und mit Unterstützung der Kommunen auch andere Lösungen möglich sind. Sicher können solche Modellprojekte, wie jenes in Stendal, nicht ohne weiteres kopiert werden. Zumindest aber bietet sich ein Anlaß, über alternative Möglichkeiten nachzudenken. Vielleicht gibt es ja noch eine Chance, den beabsichtigten Totalabriß eines Teils des Brandenburgischen Viertels zu verhindern.

GERD MARKMANN

Schleim

»Was für ein Jahr liegt hinter uns!« – mit diesem Ausruf beginnen die »Grußworte von Bürgermeister Reinhard Schulz« zum Jahreswechsel. Für Schulz war es ein erfolgreiches Jahr. Schließlich wurde er wiedergewählt. Nach einer Zitterpartie ist die Welt für ihn wieder in Ordnung. In jener Ordnung, die sein Team für Öffentlichkeitsarbeit seit Jahren in Publicity-Broschüren und verstärkt zur Bürgermeisterwahlwerbekampagne zurechtbastelte. Erfolgreich und schön. Was nicht stimmig ist, wird verschwiegen oder zurecht gebogen.

Schulz hat es angekündigt, er will so weiter machen wie bisher. Und so enthält bereits der zweite Satz des Grußworts eine doppelte Lüge: »Wir haben bei den Kommunalwahlen unsere demokratischen Grundrechte wahrnehmen können und haben eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt.« Tatsächlich nahmen nur 38,8 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl teil. Und auch das einnehmende »Wir« stimmt nicht. Denn Schulz selbst konnte nur in Finowfurt wählen. Sein 95er Versprechen, nach Eberswalde umzuziehen, ist kein Thema mehr. Im weiteren begründet Schulz schon im Voraus sein Scheitern. Schuld sind die bundespolitischen Spar- und Umbaumaßnahmen. Der Appell, »in unseren Erwartungen und Ansprüchen geduldiger und zurückhaltender« zu werden, richtet sich wohl auch an die Sponsoren seiner Wiederwahl. Nicht nur die Fördermillionen fließen spärlicher, auch einstige Ressourcen der Stadt sind in den vergangenen acht Jahren reichlich geplündert worden.

Nach dieser Einsicht muß natürlich wieder Hoffnung versprüht werden. Noch hat die Stadt Grundbesitz und auch in einigen Tochtergesellschaften finden sich Reste an materieller Substanz. Bürgermeister Schulz ist der Garant, daß auch weiterhin die zur Verfügung stehenden Mittel, die nicht direkt in Männerfreundschaften fließen, konsequent in Beton umgesetzt werden. Mit einem Verwaltungshaus auf dem Pavillonplatz und der Rathauspassagen-Filliale in der Friedrich-Ebert-Straße kriegt »unsere Innenstadt endlich wieder ein attraktives Zentrum«. Die Verödung der Läden in Eisenbahnstraße und anderswo muß da im Grußwort nicht erwähnt werden, zumal mit »unserer schönen« Schwimmhalle und dem Ersatz insolventer Unternehmen auf dem TGE durch neue Investoren tatsächliche Erfolge gefeiert werden können. Und damit schließlich – mit dem Feiern – ist Bürgermeister Schulz in seinem Element. Selbst »unsere Wirtschaftspolitik« wird durch die »sensationellen« Eberswalder Wirtschaftstage in »unserem Freizeitpark mit der neuen Stadthalle« zum Dauer-Event. Nach 75 Jahren Tierpark sind nun 750 Jahre Eberswalde und der Brandenburger Tag »Grund zum Feiern«. So wird das ganze kommende Jahr zum »Fest mit den Eberswaldern und für die Eberswalder und ihre Gäste«. Das Wir-Gefühl überwältigt. GERD MARKMANN

BQG-Liquidation abgeschlossen

Eberswalde (bbp). Die Liquidation der gemeinsam vom Landkreis Barnim und der Stadt Eberswalde betriebenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQG) ist abgeschlossen. Das zuständige Amtsgericht teilte im Dezember 2003 mit, daß die Firma erloschen ist. Über die dubiosen Begleiterscheinungen der Auflösung der BQG hatte die Bürgerpost mehrfach ausführlich berichtet (BBP 10 und 11/2000, 1/2001). Die Parlamentari-

er in Kreis und Stadt wurden erst im Nachhinein bemüht, die bereits begonnene Liquidation abzunicken (BBP 2 und 3/2001). Ende 2001 wiesen ehemalige Stammkräfte der BQG in einem Offenen Brief an die Fraktionsvorsitzenden in Kreistag und StVV nochmals auf die Mißstände der Liquidation hin (BBP 2/2002). Informationen über eventuelle Antworten und Stellungnahmen seitens der Fraktionen gab es seither nicht.

»Mängel aufdecken, Alternativen entwickeln«

Eberswalde (bbp). Auf einer Aktivtagung will die PDS Eberswalde am 14. Januar erste Grundlinien ihrer politischen Arbeit im Jahr 2004 festlegen. »Das neue Jahr wird uns sicherlich nicht weniger fordern, als das letzte dies getan hat«, sagt der PDS-Stadtvorsitzende Volker Passoke. Die Menschen würden spüren, was die Sozial-»Reformen« für sie bringen. Hier gelte es aufzuklären, Handlungsstrategien zu entwickeln und zu mobilisieren. Als »Roter Faden« werde dabei das Kommunalwahlprogramm dienen. Eine Zuspitzung erwartet Passoke in der Auseinandersetzung um den Kreishausneubau. 750-Jahr-Feier und der Brandenburg-Tag werden der Stadt »viel Geld kosten, das an an-

deren Stellen nicht ausgegeben werden kann.« Dabei liege der Haushaltsentwurf der Verwaltung noch immer nicht in Gänze vor. Hier seien insbesondere die Stadtverordneten der PDS gefordert, Mängel aufzudecken und Alternativen zu entwickeln. Weitere Streitpunkte sieht Volker Passoke in der Nachnutzung des LAGA-Geländes und in der Frage der ZWA-Struktur.

»Last but not least stehen die Europa- und Landtagswahlen an. Hierfür müssen wir uns richtig aufstellen. Dazu werden die Vorstandswahlen auf einer Mitgliederversammlung im Februar von entscheidender Bedeutung sein.«

Die Aktivtagung der PDS Eberswalde am 14. Januar findet im Café am Weidendamms statt und beginnt um 17 Uhr.

»Wir wünschen uns einen Spielplatz«

Eberswalde (bbp). In der ersten Sprechstunde des im November neugewählten Finower Ortsbürgermeisters Albrecht Triller übergaben die in der Heinrich-Rau-Straße wohnenden Schülerinnen Anne Trümpener, Lisa Küter und Julia Thätner folgende Bitte: »Wir Kinder zwischen Lindenstraße und Zieglerallee wünschen uns einen Spielplatz. Egal, ob wir am Kanal oder in den Straßen spielen, wir werden von den Anwohnern weggejagt. Wir können das nicht verstehen.«

Zur Unterstützung ihres Anliegens hatten die drei über 100 Unterschriften in ihrem

Wohngebiet gesammelt. Der während der Amtszeit von Ortsvorsteher Gruzialewski in der Wolfswinkler Straße geschaffene Kinderspielplatz regte die Kinder an, den neuen Ortsbürgermeister zur Unterstützung ihrer Idee zu gewinnen.

Und sie sahen sich mit ihrem Anliegen an der richtigen Adresse. Auch wenn ein Ortsbürgermeister keine Entscheidungsbefugnisse besitzt, hat Albrecht Triller doch das Anliegen an die Stadtverwaltung herangetragen. Der Finower Ortsbürgermeister rechnet mit der positiven Aufnahme dieses Anliegens.

BARUM 111 bekommt Schirmherrn

Eberswalde (bbp). Der Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer, bekannt durch sein Engagement für die Förderung der Erneuerbaren Energien und Träger des Alternativen Nobelpreises, will die Schirmherrschaft über das Projekt BARUM 111 übernehmen. Das teilte der Vorsitzende des Energiesparkontor Barnim e.V. Kurt Hilker Ende November auf

einer Beratung des Vereins mit. Mit dem Projekt BARUM 111 soll in den nächsten Jahren die Energiewirtschaft der Landkreise Barnim und Uckermark soweit umgestellt werden, daß die Produktion von Erneuerbarer Energie 111 Prozent des regionalen Energieverbrauchs erreicht, die Region also zum Exporteur der Ökonomie wird.

»IN DEN LETZTEN MONATEN HÄUFEN SICH DIE ANZEICHEN, DAß DIE STADTVERWALTUNG DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG ALS IHR ORGAN BEI DER DURCHSETZUNG IHRER POLITISCHEN RICHTLINIEN BETRACHTET.«

HANS-RUDOLF FRÖLICH, CDU Fraktionsvorsitzender STVV Eberswalde in MOZ vom 31. März 1992

Konsumieren als Bürgerpflicht

Die gemeinhin mit »Globalisierung« betitelten ökonomischen und politischen Veränderungen der letzten Jahre wirken auch in der BRD. Die Herrschenden in diesem Lande reagieren darauf. »Agenda 2010« nennen sie ihre »Reform«, mit der sie – vertraut man den vollmundigen Erklärungen – die Globalisierungsprobleme lösen wollen.

Entgegen dieser vollen Münder handelt es sich jedoch nur um eine neue Phase im jahrhundertalten Verteilungskampf, der früher unter der Bezeichnung Klassenkampf lief. Die Nutzung dieses Begriffs fällt heutzutage nicht nur wegen der Niederlage des in bürokratisch-diktatorischer Entartung versiechten Frühsozialismus schwer, sondern auch weil die lange Zeit festgefühten Klassenstrukturen selbst in Auflösung begriffen sind.

Immer größer werdende Personengruppen, in sich selbst stark differiert, entsprechen nicht mehr den hergebrachten Klassendefinitionen (vgl. BBP 12/2002, S. 7). Insofern passen auch viele der Widersprüche im aktuellen Verteilungskampf nicht ins alte Klassenkampfmuster. Es wäre allerdings eine Mißdeutung dieses Phänomens, würde man hier ein Verschwinden des kapitalistischen Grundwiderspruchs an sich vermuten. Vielmehr abstrahiert der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zunehmend von den ihn bisher tragenden Personengruppen. In seiner abstrakten Form läßt sich dieser Grundwiderspruch nicht mehr so einfach fassen wie früher. Jedoch drückt er allen derzeitigen Widersprüchen um so stärker seinen Stempel auf.

Insofern handelt es sich bei der »Agenda 2010« um Klassenkampf pur. Der durchaus vorhandene Zwang zu Veränderungen wird von den Herrschenden in der Bundesrepublik mißbraucht, um endgültig die Axt an die Wurzeln des bisherigen Sozialstaates zu legen. Dabei stehen die materiellen Güter eigentlich in immer größerem Umfang zur Verfügung, was allen Menschen ein auskömmliches Leben gestatten könnte.

Darauf zielt der zum Jahreswechsel verkündete Aufruf von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Bürgerinnen und Bürger sollten mehr konsumieren, natürlich nicht ab. Vielmehr soll jeder einzelne durch sein Konsumverhalten zum »Konjunkturmotor« werden. Nicht um mehr und bessere Gebrauchswerte geht es da, sondern um den uralten und einzigen Zweck kapitalistischer Ökonomie: der Produktion von Mehrwert. Dabei bewegen sich die Argumente des Kanzlers und seiner Mannen auf dem althergebrachten Niveau bürgerlicher Vulgärökonomie (vgl. BBP 6/2003, S. 12 und in dieser Ausgabe, S. 12). Obwohl wir doch eben noch die Worte im Ohr hatten, daß es nicht mehr so weiter gehe wie bisher...

Naja, es handelt sich eben um Propaganda. Vor allem aber um Zynismus. Massive Kür-

zungen bei den Arbeitslosen, Rentenstop, verstärkte Zuzahlungen beim Arzt und in der Apotheke – und dann die Forderung, durch mehr Konsum die stagnierende Wirtschaft anzukurbeln. Das ist bössartiger Zynismus.

In dieser Hinsicht sind auch die Selbstbelohndeckungen in Sachen Steuerreform zu verstehen. In einer Pressemitteilung des Bundesministers der Finanzen vom 17. Dezember heißt es z.B.: »Gerade Bezieher niedriger Einkommen profitieren proportional am meisten von der massiven Steuersenkung. So zahlt zum Beispiel eine Ledige ohne Kinder mit einem Jahresbruttolohn von 24.000 EUR im Jahre 2004 exakt 330,21 EUR weniger Steuern als noch im Jahr 2003. Eine Verheiratete ohne Kinder mit einem Jahresbruttolohn von 32.000 EUR spart dank der Steuerreform 600 EUR, ein Verheirateter mit einem Kind und einem Jahresbruttolohn von 50.000 EUR sogar 724,10 EUR.«

Tatsächlich sieht es mit der sozialen Ausgewogenheit der Steuerreform so aus: Ledige mit Kind haben bei einem Jahresbrutto von 24.000 Euro eine Steuerersparnis von sage und schreibe 5,45 Euro. Geringer verdienende Alleinerzieher mit Jahresbruttolöhnen zwischen 14.000 und 20.000 Euro zahlen sogar bis zu 85 Euro mehr an Steuern als bisher. Ähnlich sieht es bei den anderen angeführten Zahlen aus. Verheiratete mit einem Jahresbrutto von 32.000 Euro aber einem oder zwei Kindern sparen statt 600 Euro nur 500. Während der kinderlose Verheiratete bei 50.000 Euro auf eine Ersparnis von 727,95 Euro kommt und damit ebenfalls noch über seinem Pendant mit Kind liegt. Auf die größten Einsparungen können sich die kinder- und partnerlosen Besserverdienenden freuen. Bei 100.000 Euro Jahresbruttolohn hat ein solcher 2.442,32 Euro mehr in der Geldbörse.

Zumindest im Osten bezeichnen sich Familien mit solchem Monatseinkommen als gute Normalverdiener. Deren »Steuergewinn« wird von den anderen Segnungen der »Agenda 2010« mehr als aufgesogen. Von den Sozialleistungsbeziehern, die gar keinen Anteil an den Steuererleichterungen haben, ganz zu schweigen. Die Besserverdienenden hingegen haben das üppige Steuergeschenk für eine mögliche Ausweitung ihres Konsums gar nicht nötig. Dieses Mehr in der Geldbörse dürfte vielmehr an der Aktienbörse landen und zur Ausweitung des unproduktiven Spekulationskapitals beitragen. Falls das Geld tatsächlich in reale Investitionen fließen sollte, dürfte es unter den aktuellen Bedingungen kaum der Ausweitung der Produktion als vielmehr der Effektivierung und Kostensenkung dienen, was meist auch einen Abbau von Arbeitsplätzen zur Folge hat. Was aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht wie versprochen die Probleme der Globalisierung löst, sondern eher verstärkt.

GERD MARKMANN

Patienten müssen zahlen

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung müssen die Versicherten seit dem 1. Januar mit erheblichen Veränderungen rechnen. »Die Apotheken müssen das umsetzen, was der Gesetzgeber neu geregelt hat«, sagt Dr. Margrit Schulz, Sprecherin der Apotheker im Landkreis Barnim. »Die meisten Änderungen führen bei den Versicherten ab Januar zu finanziellen Mehrbelastungen«. Die Apotheker raten den Versicherten, alle Zuzahlungsbelege für das Jahr 2004 sorgfältig zu sammeln.

Sozialhilfeempfänger müssen zuzahlen.

Befreiungsbescheide, die vor dem 01. Januar 2004 ausgestellt worden sind, verlieren ihre Gültigkeit. Das heißt, alle Versicherten sind ab diesem Tag zuzahlungspflichtig. Dies betrifft auch Sozialhilfeempfänger, die sich bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichern müssen. Grundsätzlich wird bei allen Leistungen der Krankenkassen eine Zuzahlung von zehn Prozent der Kosten erhoben. Apothekerin Dr. Margrit Schulz nennt Beispiele: das Arzneimittel kostet 10 Euro: Zuzahlung 5 Euro (Mindestanteil); das Arzneimittel kostet 75 Euro: Zuzahlung 7,50 Euro; das Arzneimittel kostet 120 Euro: Zuzahlung 10 Euro (Maximalanteil).

Schwangere sind für Mittel, die sie im Zusammenhang mit der Schwangerschaft erhalten, von der Zuzahlung befreit. Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr müssen nicht zuzahlen, was die verschreibungspflichtigen Mittel angeht.

Belastungsobergrenzen – chronisch Kranke

Die Krankenkasse kann ihren Versicherten von weiteren Zuzahlungen befreien, wenn er zwei Prozent des Bruttoeinkommens an Zuzahlungsbeträgen geleistet hat. Für die als schwer chronisch krank eingestuften Patienten liegt dieser Wert bei einem Prozent.

Änderung der Erstattung von nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln

Ab Januar müssen nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel vom Patienten bezahlt werden. Ausnahmen dabei sind Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Wichtig: Diese Kosten bleiben bei der Ermittlung der Belastungsobergrenze unberücksichtigt. Auch für Hilfsmittel wie Hörgeräte, Rollstühle oder auch Verbandmittel gelten dann Zuzahlungen von zehn Prozent. Bei zum Verbrauch bestimmten Hilfsmitteln, wie Inkontinenzvorlagen, beträgt die Zuzahlung maximal zehn Euro pro Indikation pro Monat.

Bei weiteren Fragen zu den Änderungen ab 2004 sollten die Versicherten sich an die Geschäftsstellen ihrer jeweiligen Krankenkassen wenden.

Landesapothekerkammer Brandenburg und Apothekerverband Brandenburg e.V.

Denken und Handeln – lokal und global

Zum Artikel: »Für ein Eberswalder Sozial Forum« (BBP 12/2003)

Diesen Leserbrief schreibe ich heute, am letzten Tag des Jahres 2003. In wenigen Stunden werden wir ein neues Jahr begrüßen können. Ich bin dankbar für dieses Geschenk, daß ich lebe und Sekt trinken werde und mit Familie und Freunden feiere. In den Medien versauen sie meine Laune für das neue Jahr: mehr Geld für die Gesundheitsreform, Steuerreform. wir kennen die Schlagworte alle. Aber Deutschland ist nicht arm an Geld. Wir sind arm an Solidarität und Mitgefühl. Darum begrüße ich die Einrichtung eines Sozial Forums in und für die Stadt Eberswalde. Nicht unter dem Motto:

Bündnis für den Frieden Eberswalde Kein Kanonenschießen

Das »Bündnis für den Frieden Eberswalde – Mitglied bei attac« nahm auf seiner Dezember-Sitzung den Bericht über eine gemeinsame Beratung von Bündnisvertretern mit der Attac-Gruppe in Schwedt entgegen. Dieser Erfahrungsaustausch soll weitergeführt werden. Künftig werden sich die Gruppen wechselseitig über ihre Vorhaben informieren. Von Fall zu Fall sollen auch gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden.

Eine erste gemeinsame Veranstaltung könnte eine Diskussion zur EU-Verfassung und zu den EU-Wahlen sein, mit deren Vorbereitung die Eberswalde Gruppe begonnen hat. Das Bündnis unterstützt auch weiterhin die Studentenproteste gegen den Bildungsabbau. Einige Mitglieder der Gruppe haben an der Demonstration gegen Bildungs- und Sozialabbau am 13. Dezember in Berlin teil-



genommen (Foto).

Das im Rahmen eines Landeschützenfestes zur 750-Jahr-Feier Eberswaldes geplante Kanonenschießen lehnt das Bündnis für den Frieden ab. Geplant ist, eine parallele Antikriegsausstellung zu organisieren.

Das Bündnis für den Frieden möchte die Zersplitterung der verschiedenen örtlichen attac-Kräfte überwinden helfen und will die nächste Beratung des Bündnisses am 27. Januar um 18 Uhr in der Eisenbahnstraße 84 als gemeinsame Beratung aller in Eberswalde und Umgebung ansässigen attac-Mitglieder durchführen.

ALBRECHT TRILLER

Global denken und lokal Handeln, sondern über den »Tellerrand« schauend: Lokal und global denken und handeln. Ein solches Forum sollte von bestehenden positiven sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Ansätzen in unserer Stadt ausgehen und nicht, wie ich den Artikel las, unterstellen: niemand in unserer Stadt weiß, daß die Welt an ihre Grenzen stößt. Ein lokales Sozial Forum in einer kleinen Stadt sollte zuerst die Solidarität untereinander und den Austausch miteinander befördern.

Das würde ich mir wünschen.

Ich danke Dominique Voigt für den wun-

derbaren Vorschlag, ein solches Sozial Forum als Alternative zum dummen Schützenfest zu veranstalten. Ich würde das Forum gerne in das Brandenburgische Viertel einladen. Leider ist der Ort so weit weg von der militaristischen Veranstaltung aber immerhin hätten wir Ruhe.

Nun also sollen wir 750 Jahre feiern, jedenfalls die noch in unserer Stadt leben. Nun werden wir unsere Stadt feiern, jedenfalls alle, die dafür Geld haben. Es ist wirklich Zeit, daß wir weniger auf uns und mehr auf Andere schauen.

HARTWIN SCHULZ

Gratis-Ökonomie als Alternative?

Es gibt viele Gründe, um über Alternativen zur kapitalistischen Ökonomie nachzudenken. So werden allerlei Waren und Dienste angeboten, die keinerlei Nutzen für Mensch oder Umwelt haben und oftmals sogar schaden – für die aber dennoch mit Hilfe gigantischer Werbekampagnen Bedürfnisse geweckt und profitable Absatzmärkte geschaffen werden.

Auf der anderen Seite bekommen nur diejenigen eine Chance auf Arbeit und Wohlstand, die mit ihrer Arbeitskraft eine ausreichende Rendite abwerfen. Für die Menschen, die zur rigorosen Selbstausbeutung nicht bereit oder in der Lage sind, bleibt nach der kapitalistischen Logik nur der Weg in die Arbeitslosigkeit und zuweilen sogar Obdachlosigkeit.

Nur wer genug Geld hat, kann andere für sich arbeiten lassen: Man legt es auf der Bank an und betrügt sich selbst und andere mit dem bewährten Slogan: »Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten!« - als ob Papier jemals gearbeitet hätte. In unserem kapitalistischen System müssen menschliche Bedürfnisse und Arbeitskraft zu Profitzwecken verwertet werden, damit aus viel Geld mehr Geld gemacht werden kann.

Was ist der Gratis-Ring?

Eine Alternative zum kapitalistischen System muß an den Wurzeln, also dem Zwang zur Verwertung ansetzen. Dies wird am konsequentesten dadurch erreicht, daß Kapitalverwertung und Marktlogik durch das Prinzip des verwertungslosen Schenkens und Weitergebens - durch die Gratis-Ökonomie - überwunden wird. Dieses Prinzip ist vielen auch als Nachbarschaftshilfe oder unter dem Begriff des »einen Gefallen Tun« bekannt.

Unter Freunden oder in der Familie ist Hilfe meist ganz selbstverständlich und wird auch nicht rational bewertet, gegeneinander aufgerechnet oder bezahlt. Hier versucht der Gratis-Ring einen Anknüpfungspunkt zu finden: Es geht darum wertfreie Austauschprozesse so zu organisieren, daß eine funktionierende Alternative zur kapitalistischen

Geldwirtschaft und zur ökonomischen Verwertung von Menschen geschaffen werden kann.

Damit unterscheidet sich der Gratis-Ring deutlich von den sog. Tauschringen, die in den 80er Jahren ins Leben gerufen wurden. Bei den Tauschringen bieten sich die Mitglieder gegenseitig Dienstleistungen an, die auf eigens eingerichteten Zeitkonten miteinander verrechnet werden. Mit dem Austausch von Stundeneinheiten bzw. Ersatzwährungen wird versucht eine »Marktwirtschaft im kleinen« nachzuahmen, was natürlich ohne größeren Aufwand für Verwertung und Kontoführung nicht zu schaffen ist.

Wie Gratis-Ringe funktionieren

Die Idee des Gratis-Rings ist der Versuch einen Gedanken Wahrheit werden zu lassen: Wir wollen eine verwertungsfreie, auf gegenseitiger Hilfe, freier Vereinbarung und sozialer Verantwortung basierende Alternative aufbauen.

Auch der Kapitalismus ist nur möglich, weil die Menschen die Rationalität des Werts verinnerlicht haben und daran glauben. Eine wirklich andere Welt ist möglich – wenn wir es wollen!

Vom Haarschneiden über die Computerpflege bis hin zum Tapezieren und Korrekturlesen von Texten kann im Gratisring vieles nachgefragt und angeboten werden. Wenn viele Menschen den Gratis-Ring intensiv nutzen, können dabei spürbare Entlastungen von Lohnarbeit und unfreier Selbstverwertung erreicht werden.

Der Gratis-Ring lebt von den Ideen und dem Engagement der Menschen, die ihm angehören...

Gratisring ist eine Idee, die überall gemacht werden kann, die überall funktioniert...

Kontakt: Umsonstladen_Berlin in der Brunnenstraße 183.

Von KARL DIETZ herausgesucht aus

www.coforum.de

(aus LIST48 - Mailingliste zu Wertkritik u.a.)

Wir helfen! Sie auch?

Ghana – ein Land im Westen Afrikas am Äquator gelegen. 19 Mio Einwohner, die meisten bitterarm! Helfen Sie uns zu helfen! In den vergangenen Monaten haben wir mit Hilfe der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) und anderen Geldgebern einige Photovoltaik-Inselsysteme errichtet. Bei



einem Besuch Ende November in Ghana waren wir von der krassen Armut schockiert! Auf einer Insel im Wolta-Delta (an der Grenze zu Togo) leben rund 1000 Menschen (davon rund 400 Kinder) ohne fließend Wasser und Strom.

Wir haben uns spontan entschlossen hier konkret zu helfen. Dringend benötigt werden: Schulmaterial wie Papier, Schreibgeräte und Lehrbücher (in Englisch), (Sommer-)Kleidung und Spielsachen. Ende Januar werden wir eine Sendung mit diesen dringend benötigten Sachen nach Ghana bringen.

Wir und die Kinder würden uns sehr über Ihre Unterstützung freuen. Anfragen richten Sie bitte an Michael Preißel am besten per Email: preissel@mp-tec.de oder per Telefon: 03334-594444 bzw. 03334-429347.

Wir danken für Ihre Unterstützung!

MICHAEL PREIßEL

Hilfstransport nach Weißrußland

Das »Komitee für humanitäre Hilfe in Belarus / Eberswalde« wird auch in diesem Jahr wieder einen Hilfstransport nach Weißrußland durchführen und gleichzeitig eine Gruppe aus Iwanowo in Eberswalde begrüßen können. Wir hoffen im Juli auf den Besuch zweier Lehrerinnen, des örtlichen Feuerwehrkommandanten, einer Ärztin und einigen Jugendlichen.

Für diesen Besuch in unserer Stadt suchen wir Menschen, die einen Gast ca. 6 Nächte aufnehmen können, für diesen Besuch benötigen wir Spenden (Verpflegung, Programm). Am 31. Juli 2004 startet der Transport nach Weißrußland. Wir sammeln ab sofort wieder Hilfsgüter für die Schulen (darum haben uns unsere Partner besonders gebeten): Hefte, Stifte, Lineale, Filzstifte, Kleb-

stoff, Papier, Schultaschen, Kreide, Tafeln, Einrichtungen für Klassenzimmer, Bleistifte u.a. Wir sammeln auch wieder gut erhaltene Textilien und Hygieneartikel sowie Hilfsmittel für das örtliche Krankenhaus. Für die Hilfe mit Lebensmittel bereiten wir in diesem Jahr eine neue Aktion vor: Wir wollen an Sie Namen und Adressen verteilen von Menschen im Gebiet Iwanowo, die ganz speziell Hilfe benötigen. Eine solche Adresse einer Familie oder einer Einzelperson, können Sie im Frühjahr bei uns erfragen.

HARTWIN SCHULZ

Kontakt: Hartwin Schulz Evangelisches Gemeindezentrum im Brandenburgischen Viertel, Potsdamer Allee 35, Tel 03334/38368-20 (-16), hartwin.schulz@freenet.de

Freundeskreis

Die beiden »ferienfreizeitsüchtigen« Uta und Thomas Kroop (vgl. BBP 7 und 8/2003) riefen im Juni 2003 den »Freundeskreis - Integrationsfreizeiten des ABB e.V.« ins Leben. Im Jahr 2003 stand der gemeinsame Urlaub von 240 behinderten und nicht behinderten Kindern im Kinderland am Werbellinsee erstmals auf wackligen finanziellen Füßen, beinahe drohte das »Aus«. Um auch in Zukunft diese einmalige Feriengestaltung zu erhalten, kann nun jeder, der die Idee und Sache gut findet, mit einer jährlichen Spende ab 20 Euro (Kinder bis 14 Jahre die Hälfte) Mitglied im Freundeskreis werden. Bei Wunsch können wir eine Spendenquittung ausstellen. Genauere Informationen und Bilder über die Ferien mit dem ABB finden Sie unter www.abbev.de oder in der Geschäftsstelle des ABB. Das Spendenkonto des Freundeskreises beim Allgemeinen Behindertenverband Land Brandenburg (ABB) e.V. : 30



Uta und Thomas Kroop wollen die ABB-Integrationsfreizeiten am Werbellinsee langfristig erhalten und gründeten deshalb einen Freundeskreis.

Foto: Döring

20 10 405, Deutsche Bank 24 Potsdam, BLZ: 120 700 24, Kennwort: Freundeskreis Integrationsfreizeiten des ABB. Interessiert?! Dann sind Sie herzlich willkommen, Ihre und unsere Kinder danken es Ihnen.

KLAUS MORGENSTERN, ABB

Hilfe für Kabul

Sammeln sie alles, was Kinder in der Schule so brauchen.

*Bleistifte,
Schreibblöcke,
Radiergummi, Buntstifte,
Lineale, Zirkel,
Scheren, Hefte,
Schulranzen,
Federtaschen und, und, und...*

Kontakt und Sammelstellen:

aktiv optic (0 33 34 / 35 25 47, www.activoptic.de)

Camilla Hauskrankenpflege (0 33 34 / 28 81 88, www.camilla-pflegedienst.de)

BFB - Bürgerfraktion Barnim (0 33 34 / 33 0 18, www.buergerfraktion-barnim.de)

Altwerk (0 33 34 / 27 80 19, www.discothek-awerk.de)

Astrid Mai - Partyservice & Fleischerei (0 33 34 / 42 5 16)

Christian Engel (www.christian-engel-berlin.de)

Die Damenkapelle (www.diedamenkapelle.de)

Waldapotheke Eberswalde (0 33 34 / 32 1 72, www.waldapotheke.de)

Spenden für SelfHTML

Die Entwickler des umfangreichen HTML-Guides SELFHTML (<http://selfhtml.teamone.de/>) haben auf ihrer Website zu einer Spendenaktion aufgerufen. Auf der Seite heißt es: »Der SELF-Raum benötigt neue Hardware, da die alte hoffnungslos überfordert ist.« Das Angebot von SELFHTML sei in der Vergangenheit immer weiter gewachsen, so die Betreiber. Laut Webalizer-Statistik weise das komplette Online-Angebot von SELFHTML über 30 Millionen Zugriffe pro Monat auf. Dabei müsse der Server zu Spitzenzeiten regelmäßig über 200.000 Anfragen pro Stunde beantworten. Es gebe einen Finanzierungsbedarf von ca. 5.000 Euro für neue Hardware. Diese Summe sollte ausreichen, um einen den steigenden Ansprüchen gewachsenen Server zu erwerben und zu betreiben, heißt es bei SELFHTML.

Bei WZ Online gefunden von KARL DIETZ (aus »List 48« – Mailingliste zu Wertkritik u.a., <http://de.groups.yahoo.com/group/list48>)

Sonderkreistag

Stop für Kreishausneubau gefordert

Eberswalde (bbp). »Die weiteren Arbeiten an der Planung und Vorbereitung des Baus eines neuen Kreishauses werden ausgesetzt.« So die Forderung der PDS im Kreistag Barnim. Ein entsprechender Antrag wurde im Dezember zunächst zurückgezogen. Allerdings nur, weil es nun am 28. Januar einen Sonderkreistag zum Thema Kreishausneubau geben wird. Bei ihrer Forderung, vor einer endgültigen Entscheidung die finanziellen Möglichkeiten zum Fortgang der Arbeiten zu prüfen, erhält die PDS Beistand durch die Fraktion der Schillpartei. Deren Chef Dr. Dirk Weißblau, vormals CDU, hält zwar den Ansatz, vermittels solcher Investitionen die Wirtschaft anzukurbeln für durchaus richtig, nur würde das in diesem Fall ins Leere gehen, »denn in Zeiten von Verwaltungsmodernisierung und Effizienzsteigerung unter Berücksichtigung neuer Medien, wird zukünftig eher mit Reduzierung im Personal- und Sachkostenbereich zu rechnen sein«. Zudem solle die »bereits durch die Landesregierung empfohlene verstärkte Verzahnung der Landkreise Barnim und Uckermark« nicht unnötig »durch die politisch motivierte Realisierung eines Verwaltungsneubaus in der vorgesehenen Dimension« belastet werden. Die geplanten finanziellen Mittel sollten besser »für investive Maßnahmen im Infrastrukturbereich, für Bildung oder andere dringende Bereiche eingesetzt werden«.

Haushaltsplan überflüssig

In der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.11.03 war neben vielen, notwendigen Formalitäten, die Voraussetzung für eine künftige geordnete Arbeit der Kommunalvertreter sind, auch über die Aufhebung einer Haushaltssperre beraten, die dann mehrheitlich beschlossen wurde. So wurden alle Stadtverordneten, die neuen und die alten erinnert, daß der Haushaltsplan, beschlossen von der Stadtverordnetenversammlung Grundlage aller Geldbewegungen ist.

Für das Jahr 2004 scheint das nun nicht mehr zu gelten. Nachdem man die Diskussion um den Haushalt fürsorglich aus der Schußlinie der Wahlkämpfer aller Parteien nahm, ist auch im Dezember noch nichts von einem Haushaltsplanentwurf zu sehen. Wie viele Monate »vorläufige Haushaltsdurchführung« wird uns das für das Jahr 2004 einbringen?

Zur aufgehobenen Haushaltssperre noch ein paar Worte. Taktische Spielchen auf dem Rücken der Beschäftigten in der Verwaltung bringen den Initiatoren in der Regel keine Punkte, erzeugen aber Unsicherheit und Frust. Die der Vorlage zu Grunde liegenden Vorgänge in der Verwaltung sind kein Ruhmesblatt für Verwaltungshandeln, die Argumente insgesamt aber nachvollziehbar.

VÖLKER PASSOKE, PDS-Stadtfraktion

Flugplatz Finow

Wie geht's weiter mit dem Abfall?

Finow (at). Dr. Christiane Martens und Helmut Sternberg von den Bürgerinitiativen »Märkische Heide« und »Gegen den Ausbau des Flugplatzes Finow« sowie der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller suchten am 5. Dezember das Gespräch mit dem Kreisdezenten Ulrich Gräfe, um mit ihm über die Altlastenbeseitigung auf dem Flugplatz Finow zu sprechen. Vor allem wollten sie wissen, ob die Art und Weise der Abfallentsorgung (vgl. BBP 12/2003) mit Zustimmung der Behörde erfolgte. Der Dezernent zeigte sich sehr zugeknöpft und sah keine Veranlassung, seine Besucher über den Stand der Dinge zu informieren. Auch eine Akteneinsicht zu den aktuellen Vorgängen wollte er nicht erlauben. Erst als die Vertreter der BI darauf hinwiesen,

daß es sich möglicherweise um Straftatbestände handele, wollte Dezernent Gräfe dies als Anzeige aufnehmen. Auf seine Forderung hin, konkrete Fakten zu benennen, übergab Dr. Martens ein Schreiben der BI an den Dezernenten, das eigentlich durch das Gespräch überflüssig gemacht werden sollte. Darin legte die BI ausführlich dar, welche Fragen die BI hat und welche Probleme und Gefahren sie sieht.

Gräfe versprach, auf das Schreiben zu antworten. Da inzwischen bereits ein Monat ohne Antwort vergangen ist, übergibt die BI den Brief an die Presse und will nunmehr schriftlich Akteneinsicht beantragen.

Hier nun der Text des Schreibens der Bürgerinitiativen an die Untere Abfallwirtschaftsbehörde:

Betrifft: Abfallablagerungen im Umfeld des Flugplatzes Finow, hier: Entsorgung der besonders überwachungsbedürftigen Holzabfälle an der Straße am Flugplatz
Sehr geehrter Herr Gräfe, wie Ihnen sicherlich bekannt, lagern auf dem Betriebsgelände des Flugplatzes, als auch in unmittelbarer Nachbarschaft, enorme Mengen an Abfällen. Die Abfälle lagern im wesentlichen dort seit 1995. Trotz vielfacher Bemühungen von Seiten der Anwohner, hier der BI, ist in den vergangenen Jahren keinerlei Abfall entsorgt worden. Die Sachlage stellt sich für uns als Anwohner derzeit wie folgt dar:

I. Abfälle auf Flächen außerhalb des eingezäunten Betriebsgeländes

1. Altholzablagerungen (Fensterholz, Türen, Bahnschwellen etc.) somit als besonders überwachungsbedürftiger Abfall einzustufen in einer Menge von ca. 15.000 - 20.000 t
2. zerkleinertes Altholz mit Erde vermischt und systematisch in Mieten gelagert (als Überrest einer sog. Kompostieranlage) in einer Menge von ca. 10.000 - 15.000 t
3. unbehandeltes, naturbelassenes Holz (Baumstämme und Stubben aus den Baumfällungen an der L 293, Pappelallee ?), Menge schwer zu schätzen ca. 5.000 t
4. diverse weitere Müllablagerungen wie Asbestplatten, Kühlschränke, Fässer, Reifen etc.
5. zerkleinerte Papierabfälle (pH-Wert deutlich alkalisch), die seit einigen Wochen dort liegen, Menge ca. 500 m³

Nach Vorortbesichtigung am 25.11.03 ergibt sich folgendes Bild:

- Beim Zerschreddern der Abfälle scheint keine Trennung von unbehandeltem Holz und Altholz zu erfolgen, lediglich Bahnschwellen sind aussortiert worden.
- Die Papierabfälle sind in den bereits zerkleinerten Holzabfallhaufen teilweise mit untergemischt worden.

– Eine telefonische Anfrage am 25.11. bei (Name bekannt – d.Red.) ergab folgende Informationen: das Altholz soll in die thermische Verwertung; bisher sind sehr geringe Mengen abtransportiert; die Holzabfälle haben einen sehr geringen Heizwert und der Antrag des Abfallbesitzers, den Heizwert durch Zugabe von zusätzlichem Holz zu erhöhen wurde abgelehnt (inwieweit hier die extra antransportierten Papierabfälle zur Erhöhung des Heizwertes dienen sollten, ist noch unklar); die Papierabfälle können nach Aussage von (Name bekannt – d.Red.) mit dem Holz gemeinsam entsorgt werden; wie und wann die Entsorgung der in den Mieten abgelagerten Abfälle erfolgt, ist bislang noch nicht betrachtet worden.

II. Abfälle auf dem eingezäunten Betriebsgelände

Nach unseren Kenntnissen lagern dort noch weitere, nicht unerhebliche Mengen an Abfällen, wie z.B. Klärschlämme in und vor den Sheltern, Brandabfälle von einem Brand einer Lagerhalle im Oktober etc.

Es ergeben sich folgende Fragen:

- Ist sichergestellt, daß es zu keiner Vermischung der »bü - Holzabfälle« mit unbehandeltem Holz und anderen Abfallarten kommt?
- Ist sichergestellt, daß die komplette Menge Altholz als »bü - Holz« entsorgt wird?
- Wie und wann wird die Abfallbeseitigung zu 2,3, 4 und 5 erfolgen?
- Wie erfolgt die Betankung der Arbeitsfahrzeuge?

Nach Aussagen von Anwohnern, sind keinerlei Schutzvorkehrungen getroffen, um bei der Betankung Bodenkontaminationen mit Betriebsmitteln (Benzin, Diesel, Öl) zu verhindern.

Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das gesamte Gelände in der Wasserschutzzone III liegt.

Nichtöffentlichkeit mißbraucht

Wem nützt der Ausschluß Finowfurts aus dem ZWA?

Gut, daß jetzt die Eberswalder Stadtverordneten in die Entscheidung über den ZWA-Ausschluß der größten Nachbargemeinde einbezogen werden. Das wäre von vornherein notwendig gewesen. Eine Arbeitsgruppe, der je zwei Vertreter der Fraktionen angehören, wird sich dem Problem widmen. Leider ist die Art und Weise, wie diese Arbeitsgruppe zustande kam, alles andere als unproblematisch.

Das beginnt damit, daß das auf der ZWA-Verbandsversammlung öffentlich behandelte Thema den Stadtverordneten am 11. Dezember erst in der nichtöffentlichen Sitzung aufgetischt wurde. Ein offensichtlicher Verstoß gegen den Paragraphen 44 der Gemeindeordnung (Öffentlichkeit der Sitzungen). Daß dieser Arbeitsgruppe Vertreter der Fraktionen angehören, verleiht ihr den Anschein der Legitimation durch die StVV. Doch das täuscht. Berufen wurde die Arbeitsgruppe von der Verwaltung. Auf Zuruf benannten die Fraktionsvorsitzenden die Vertreter ihrer Fraktionen, die sich wegen der Kürze der Zeit kaum darüber verständigen konnten, wer sie in dieser Arbeitsgruppe vertreten soll. Ein einigermaßen seltsames

Verfahren, finde ich, das eher in eine patriarchische Klientelgesellschaft als in eine parlamentarische Demokratie paßt.

Abgesehen davon kann wohl auch das Ausschlußbegehren selbst nur Kopfschütteln hervorrufen. Soviel Weltfremdheit traue ich der Eberswalder Verwaltungsspitze eigentlich nicht zu, daß sie ernsthaft davon ausgeht, ein solches Ansinnen realisieren zu können. Von der Kommunalaufsicht dürfte kaum eine Zustimmung zu erwarten sein. Anderenfalls ist mit langandauernden gerichtlichen Streitigkeiten zu rechnen.

Statt zu einer Lösung des Abwasserproblems käme es zu verstärktem Chaos im Zweckverband und Zwietracht zwischen den Gemeinden. Wem wäre damit gedient? Den Bürgerinnen und Bürgern wohl kaum. Sie hätten nichts davon, würde sich der sturmreif geschossene Zweckverband eines Tages in den Strukturen eines jener Versorger-Konzerne wiederfinden, die seit geraumer Zeit zum Teil sehr erfolgreich versuchen, auf dem Wasser-/ Abwassersektor Fuß zu fassen.

GERD MARKMANN

ZWA bald ohne Schorfheide

Die Stadtverordneten der abgelaufenen Wahlperiode hatten beschlossen, daß im Zweckverband eine Entscheidung über den Verbleib der Gemeinde Schorfheide zu treffen ist, mit dem Ziel, einen Ausschluß zu erreichen. Der Beschluß ging ins Leere, diese Gemeinde sollte es erst mit der Kommunalwahl am 26.10.03 geben. Nun ist dieser Beschluß wieder auf der Tagesordnung der Zweckverbandsversammlung, um – wie man hört – eigentlich Beschlossenen nun förmlich zu vollziehen. Dabei wurde unberücksichtigt gelassen, daß es eine in ihrer Zusammensetzung völlig veränderte Stadtverordnetenversammlung mit noch nie da gewesenen Fraktionen gibt, die zumindest ein Anrecht darauf haben, Grundlagen und historischen Werdegang dieser Beschlußvorlage zu erfahren. Da der Termin

der Verbandversammlung zwischen zwei Stadtverordnetenversammlungen liegt und die konstituierende Tagung des Gremiums in der Regel nicht geeignet ist ein solches schwerwiegende inhaltliches Problem abzuhandeln, wäre es immerhin möglich gewesen, den Hauptausschuß dazu ein zu berufen. Dabei ist durchaus die Möglichkeit inbegriffen daß die Entscheidung genau so ausfällt, wie vor Monaten schon einmal. Hier hat die Verwaltung versäumt, die Stadtverordneten hinter sich zu scharen, die angetreten sind zum Wohle der Bürger von Eberswalde zu handeln. Dieses Handeln könnte u.a. darin bestehen, die Bürger von Eberswalde von den Lasten für Einrichtungen zu befreien, die nur der Gemeinde Schorfheide einen Nutzen bringen.

VOLKER PASSOKE, PDS-Fraktion in der StVV

»Soziale Stadt« im Bauausschuß

Eberswalde (bbp). Vier öffentliche Beschlußvorlagen standen im auf der Tagesordnung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt, der am 6. Januar zu seiner ersten Beratung im neuen Jahr in der Eberswalder Feuerwache zusammenkam. Bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 804/1 »KAFI«, der vom Architekturbüro P + G aus Eberswalde bearbeitet wird, waren die nach der Offenlegung eingegangenen Stellungnahmen zu behandeln, während der Bebauungsplan Nr. 421 »Industriegebiet Binnenhafen Eberswalde«, hier zeichnet das Finowfurter Ingenieurbüro Schulz

verantwortlich, im überarbeiteten Entwurf vorliegt. Weiterhin standen die Maßnahme- und Durchführungskonzepte 2004 und 2005 »Soziale Stadt - Brandenburgisches Viertel« und »Sanierungsgebiet Stadtzentrum Eberswalde« auf der Tagesordnung. Ein weiteres Maßnahme- und Durchführungskonzept 2004/2005 zum »Stadumbau Gesamtmaßnahme Eberswalde - Rückbau« lag dem Ausschuß als Informationsvorlage vor. Im nichtöffentlichen Teil stand ein Einzelvorhaben aus dem Konzept »Soziale Stadt - Brandenburgisches Viertel« zur Debatte.

»Ein Ansprechpartner in Finow«

Finow (bbp). »Im Namen der Bürgerinitiative 'Märkische Heide'«, schrieben Walter Deck und Gerhard Bretsch vom Vorstand der Bürgerinitiative, »möchten wir Sie als unseren Ortsbürgermeister von Finow in dem seit Jahren verwaisten Büro zu Ihrer ersten



Große Erwartungen knüpfen Finower Einwohner an ihren neuen Ortsbürgermeister Albrecht Triller.

Sprechstunde herzlich begrüßen.« Die Mehrzahl der Finower Bürger sei der Arroganz des Herrn Gruzialewski überdrüssig, »der angeblich nach unserer Dienstaufsichtsbeschwerde beim Bürgermeister Schulz seine Sprechstunden in das Brandenburgische Viertel verlegt hatte, obwohl es dort selbst einen Ortsteilbürgermeister gab«. Bürgermeister Schulz habe es scheinbar unter seiner Würde empfunden, auf die schriftliche Dienstaufsichtsbeschwerde auch schriftlich zu antworten.

Wegen dessen bisheriger Bemühungen sieht die BI in Albrecht Triller einen Ortsbürgermeister, »der sich seiner demokratischen Verpflichtung, Ansprechpartner für alle Bürger zu sein, verpflichtet fühlt.« Selbst wenn er nicht alle Wünsche und Anregungen der Finower partout werde erfüllen können.

Mitwirkung erbeten

Finow (bbp). »Ich werde mich bemühen, Ihr Vertrauen zu rechtfertigen und auch das Vertrauen aller anderen Bürger von Finow zu gewinnen.« Mit diesen Worten wandte sich der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller im aktuellen Amtsblatt an seine Wählerinnen und Wähler. Schon bei der ersten Bürgersprechstunde seien ihm erste Anliegen angetragen worden, wie die Schaffung eines Kinderspielplatzes im Komplex Lindenstraße, wofür Kinder über 100 Unterschriften gesammelt haben, die Sicherung des Backwarenverkaufs in der Clara-Zetkin-Siedlung, die Neupflanzung von Bäumen in der Biesenthaler Straße, der Ermöglichung des Kaufs von Garagengrundstücken u.a. Albrecht Triller verspricht, allen an ihn herangetragenen Fragen nachzugehen und nach Klärung bzw. Realisierung zu suchen. Dabei hofft der neue Ortsbürgermeister auch auf die Mitwirkung der Finower Bürgerinnen und Bürger, ohne die viele Probleme nicht lösbar sind.

Bürgersprechstunden im Ortsteil Finow finden nun jeden Dienstag zwischen 15 und 17 Uhr statt.

Das Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke war in den letzten Jahren ein wesentliches kommunalpolitisches Thema, zumindest an der Pressewiderspiegelung gemessen. Sowohl in der Landtagswahl 1999 als auch bei der Kommunalwahl 2003 dürfte das Thema einen nennenswerten Anteil auf die Stimmen- und Sitzverteilung gehabt haben. Der Wahlträger BKB/Freie Wähler hatte die Bürgerinitiative Garagen- und Erholungsgrundstücke in sich aufgenommen und intensiven Wahlkampf mit diesem Thema betrieben. Entsprechend den Wahlaussagen hat sich die neue Fraktion in der StVV, BKB/Freie Wähler, gleich zu Beginn der Legislaturperiode mit dem Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke zu Wort gemeldet und eine Vorlage eingebracht. Sie hält damit Wort und drängt auf schnelle Entscheidungen der StVV zur Lösung des Problems, noch ehe die Wahlkampfaussagen der verschiedenen Parteien und Bürgermeisterkandidaten wieder vergessen sind. Sie nahm damit auch den Brief der Bürgerinitiative gegen überzogene Nutzungsentgelte für Garagen-, Garten- und Erholungsgrundstücke auf, den diese vor der konstituierenden Sitzung der StVV den Fraktionsvorsitzenden überreicht hatte.

Zum Vorlagentwurf von BKB/Freie Wähler erhielten die Fraktionsvorsitzenden eine Stellungnahme des Bürgermeisters, unterzeichnet in Vertretung vom 1. Beigeordneten Lutz Landmann, mit »Anmerkungen der Abt. Liegenschaften zum Schreiben der Bürgerinitiative gegen überzogene Nutzungsentgelte für Garagen-, Garten- und Erholungsgrundstücke«.

Fazit dieser Stellungnahmen ist (wie nicht anders zu erwarten) die Feststellung, daß es sich um eine vielfältige Problematik handelt, die viel Zeit und Arbeit erfordert. Geht es nach diesen Stellungnahmen, dann sind eine Beschlußfassung in der StVV frühestens Ende des 2. Quartals, und erste Beispielsverträge zum Verkauf von Garagengrundstücken erst zum Ende des 3. Quartals möglich. Man darf sicher sein, daß die genannten Termine dann (aus leicht zu findenden Gründen) nicht gehalten werden, wie bei allen früheren Beschlüssen zum Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke.

Trotzdem gibt es in der Stellungnahme Aussagen, die hoffen lassen:

1. Da wäre zunächst die Aussage, daß die Stadt keinen Sinn darin sieht, eine grundlose flächendeckende Kündigung der Nutzungsverträge zum 31.12.2006 auszusprechen. Einer Abgeordnetenfrage im Mai 2003, ob mit einer Kündigung zu rechnen sei, wurde noch ausgewichen. Zwar wurde jetzt der Verzicht auf eine Kündigung der Nutzungsverträge damit begründet, daß dies wegen einer zu zahlenden Entschädigung für die Grundstücke nicht in Frage käme und danach Leerstand befürchtet wird. Die Begründung wird den Garagenbesitzern auch relativ gleichgültig sein, wenn die Nutzungsverträge nach dem 31.12.2006 fortbestehen. Aber eine Aussage des Bürgermeisters ist noch kein StVV-Beschluß.

Garagen- und Erholungsgrundstücke in Eberswalde

Bricht das Eis?

von Albrecht Triller

2. Weiter läßt hoffen, daß sich auch die Stadtverwaltung einen maximalen Grundstückspreis zwischen von 10 Euro pro Quadratmeter vorstellen kann. Die Bürgerinitiative fordert lage- und zustandsbedingt einen Preis zwischen 5 bis 10 Euro.

3. Zwar ist die Erarbeitung von Musterverträgen zum Verkauf von Garagengrundstücken für zwei Komplexe längst überfällig, dennoch ist positiv zu werten, daß Vertragsgespräche für einen Garagenkomplex im Januar stattfinden werden.

Die Behandlung des Antrages in der StVV am 11. Dezember machte aber

bleibt die Frage, wie die erkennbaren positiven Ansätze der Stadtverwaltung genutzt werden können?

Die Garageneigentümer sollten sich zu Garagengemeinschaften, zunächst formlos, zusammenschließen und ihr Kaufinteresse erklären und zwar nicht bedingungslos, sondern zu den von der Bürgerinitiative geforderten Konditionen. Die Bürgerinitiative steht bei Gründungen von Garagengemeinschaften und Kaufbereitschaftserklärungen sicher gern zur Verfügung.

Wichtig ist ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen, damit alle Gemeinschaften beim Grundstückskauf gleiche Bedingun-



schnell deutlich, daß es keine der anderen Fraktionen gleich eilig hatte, wie BKB/Freie Wähler. Der 1. Beigeordnete Landmann trug nochmals die Argumente vor, die er in seiner Stellungnahme an die Fraktionsvorsitzenden gegeben hatte und legt BKB/Freie Wähler nahe, den Antrag zurückzuziehen und die Ergebnisse der Musterverkäufe abzuwarten. Eine Aufforderung des Ortsbürgermeisters Finow, dem Antrag zuzustimmen, weil mit der im Antrag geforderten Vorlage der Verwaltung ja die verschiedenen Seiten des Problems beleuchtet werden und zur Entscheidung geführt werden sollen, konnte die Stadtverordneten nicht überzeugen. Sie folgten einem Antrag des SPD-Abgeordneten Trill, den Antrag von BKB/Freie Wähler in den Wirtschafts- und Sozialausschuß zu verweisen, ohne daß dafür eine Begründung gegeben wurde, warum diese Verweisung erfolgen sollte und warum gerade in diesen Ausschuß. Zeitgewinn – das war die Botschaft dieser Entscheidung.

gen erreichen. Die Bildung von Garagengemeinschaften sollte sich nicht auf die Komplexe beschränken, für die die Stadt im Amtsblatt 07/03 die Kaufbereitschaft abgefragt hat. Auch die Komplexe der sogenannten Gruppe 4 (103; 104; 111; 115; 124; 171A, 173/1; 175A; 181; 183; 186; 187; 200; 201; 202;) haben langfristigen Bestand und könnten nach einer Änderung des Flächennutzungsplanes ebenfalls zum Verkauf stehen.

In der Einwohnerversammlung des Ortschafts Finow am 15. Januar 2004 (18 Uhr, Feuerwache Eberswalder Straße) steht das Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke auf der Tagesordnung (Seite 16). Die Teilnahme steht allen interessierten Bürgern von Eberswalde frei.

Zu empfehlen wäre auch die Teilnahme an der Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses am 13. Januar (18 Uhr, Rathaus, Raum 217), der über den in diesen Ausschuß verwiesenen Antrag von BKB/Freie Wähler zum Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke berät.

Bürgerfraktion Barnim (BFB):

Für mehr Beteiligung der Bürger

Eberswalde (bbp). Zur Kommunalwahl 2003 traten im Landkreis Barnim erstmals politische Kräfte jenseits der bekannten Parteien an und kamen auf Anhieb in die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eberswalde und in den Kreistag; die Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) und die Bürgerfraktion Barnim (BFB). Beide unterscheiden sich auch von den örtlichen Vereinen, die schon seit Jahren die Politik in den kleinen Gemeinden bestimmen. Während das Programm des BKB aus eigenen achtjährigen praktischen Erfahrungen schöpft und zudem die Forderungen der Bürgerinitiativen aufnahm, mit denen sich der BKB zu einer Wahlliste zusammenschloß, bildete sich die Bürgerfraktion Barnim erst unmittelbar vor den 2003er Wahlen. Deshalb war der Wahlkampf der BFB mit einer programmatischen Selbstfindung verbunden. Der erst kurz vor der Wahl veröffentlichte »Erweiterte Maßnahmekatalog« geht weit über ein bloßes Kommunalwahlprogramm hinaus und kann die politische Diskussion im Kreis Barnim auch über die Wahl hinaus bereichern. Be-

1. Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik

Die Bürgerfraktion Barnim macht es sich zum Ziel die Interessen der Bürger durch Vertreter in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, sowie im Kreistag des Landkreises Barnim zu vertreten und in die örtlichen Planungen mit einzubeziehen. Es wird ein Netzwerk von Ansprechpartnern aufgebaut, das dem Bürger einen täglichen Kontakt ermöglicht. Teil dieses Netzwerkes werden Bürgerbeauftragte sein, die jederzeit durch E-Mail oder Telefon erreicht werden können... Für persönliche Gespräche werden wir mit den Bürgern individuelle Termine vereinbaren, da Geschäftszeiten oft nicht ausreichend auf den zeitlichen Rahmen der einzelnen Bürger zugeschnitten sind. Selbstverständlich hat jeder Bürger die Möglichkeit aktiv in der BFB mitzuwirken und ist jederzeit erwünscht.

Ein weiteres Ziel ist die Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnungen in den Städten und Gemeinden, um dem Bürger die aktive Mitarbeit in den Ausschüssen zu ermöglichen und zumindest ein generelles Rederecht in diesen zu gewähren. Das Rederecht darf nicht vom Wohlwollen der Abgeordneten abhängig gemacht werden. Zur Zeit ist eine Argumentation zwischen Bürgern und Politikern während einer Ausschusssitzung kaum möglich. Dabei verfügen die Bürger oft über wichtige Informationen zu Projekten und Planungen. Schließlich sind gerade die Bürger die Betroffenen der politischen Entscheidungen. Im Falle eines Konfliktes kann momentan eine Lösung aufgrund der fehlenden Verständigung zwischen Politikern und Bürgern entweder nur spärlich oder gar nicht erfolgen.

Die Bürgerfraktion Barnim fordert mehr Beachtung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Zukunft. Hierzu ist die Unterstützung des Kinder- und Jugendparlamentes Eberswalde und der Aufbau weiterer Kinder- und Jugendparlamente im Landkreis Barnim voranzutreiben.

Die Bürgerfraktion Barnim setzt sich dafür ein, die eingefahrenen Strukturen in den Ämtern und Verwaltungen, insbesondere in der Stadt Eberswalde, aufzubrechen. Schon eine stärkere Einmischung der Bürger und ein kritisches Hinterfragen politischer Vorgehenswei-

sen kann »Männerfreundschaften« und alte Seilschaften in der Verwaltung verhindern oder erschweren. Wir wollen und können nur in Zusammenarbeit und durch ein stärkeres politisches Interesse der Bürger des Barnim, eine stärkere Verantwortung der Politiker erreichen. An ihren Wahlversprechen und deren Einhaltung messen wir die Politiker und fordern, daß sie über ihre Arbeit regelmäßig öffentlich Rechenschaft ablegen. Außerdem ist es notwendig in Kooperation mit dem neu gewählten Bürgermeister der Stadt Eberswalde die Ämter und Verwaltungen schlanker, effizienter und transparenter zu gestalten.

2. Ämter und Verwaltungen

Um die kommunalen Verwaltungen schlanker, effizienter und überschaubarer zu gestalten gilt es einzelne Posten in den Verwaltungen auf Zweckmäßigkeit und Bedarf zu überprüfen. Das heißt keinesfalls radikale Stelleneinsparungen vorzunehmen, sondern diese effizienter und serviceorientierter zu strukturieren. Hierzu ist eine überparteiliche Zusammenarbeit notwendig und seitens der BFB selbstverständlich.

Das Schaffen einer serviceorientierten Verwaltung ist ein längst notwendiger Schritt, der bisher zu sehr vernachlässigt wurde. Der Bürger muß wieder das Gefühl bekommen, daß die Verwaltung ihm nicht lästige, bürokratische Hürden in den Weg stellt, sondern sein Dienstleister ist, der ihm kompetent und hilfsbereit zur Seite steht. Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß die Verwaltung immer ein Aushängeschild für ihre Kommune ist und sowohl potentiellen Investoren als auch Neubürgern einen ersten Ausblick auf die Arbeitsweisen ihrer Stadt oder Gemeinde gibt... Wir werden uns als Bürgerfraktion Barnim darauf konzentrieren unnötige Wege und Behördengänge durch die Zusammenlegung wichtiger Ämter zu vermeiden.

Oft wird die Frage gestellt nach der Position der BFB zu den Plänen der Bebauung des Pavillonplatzes mit dem Kreishaus. Die BFB geht davon aus, daß die Zusammenlegung mehrerer Ämter Vorteile für den Bürger bringt. Kürzere Wege zu den einzelnen Verwaltungsstellen und Behörden und die damit verbundene Zeitersparnis sind generell als positiv zu bewerten. Die Bürgerfraktion Barnim spricht sich klar für eine Zusammenlegung dieser Äm-

Musterverträge für Kitas

Eberswalde (bbp). Mit einem Vorschlag für die Verträge zur Betreibung und Vermietung von Kindertagesstätten wandte sich jetzt die evangelische Kirchengemeinde Finow an die Eberswalder Stadtverordneten. Die Kirchengemeinde ist selbst als freier Träger der Kita »Arche Noah« im Brandenburgischen Viertel aktiv. Der derzeitige Vertrag mit der Stadt Eberswalde läuft demnächst aus. Da in den nächsten Jahren auch die Verträge mit anderen freien Trägern erneuert werden müssen, hatte die Stadtverwaltung im vorigen Jahr neue Musterverträge ausgearbeitet. Den ursprünglich vorgesehenen Eilbeschluß ohne Diskussion im zuständigen Ausschuß hatten die Stadtverordneten damals abgelehnt. Seitdem liegen die Musterverträge auf Eis.

»Die Musterverträge der Verwaltung sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel«, schreibt Martin Appel von der Finower Kirchengemeinde und trifft damit durchaus auch den Nerv anderer freier Träger. Darüber hinaus seien die Verträge »rechtlich nicht unbedenklich«. Die Abgeordneten der vorigen Legislaturperiode, vermutet Appel, »haben wohl auch deshalb die Musterverträge der Verwaltung in der vorliegenden Form nicht verabschiedet«. Der nun eingereichte Vorschlag orientiere sich an den Vorgaben des Kita-Gesetzes, den diesbezüglichen Verordnungen des Landes Brandenburg und dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Sie seien eine »faire Grundlage, auf der zwischen der Stadt Eberswalde und den Freien Trägern der Jugendhilfe Verträge geschlossen werden sollten«.

Inhaltliche Kritik an den Verwaltungsvorschlägen hatte es bereits während der Diskussion im vorigen Jahr gegeben. Während die ersten Verträge aus der ersten Hälfte der 90er Jahre den freien Trägern einen sehr großen Spielraum ließen, sollten diese nunmehr in einer sehr schwachen Position gehalten werden.

ter aus, stellt jedoch in Frage ob der Standort der neuen Kreisverwaltung richtig gewählt ist. Es gibt mehrere Alternativen, die für eine Bebauung durch ein Kreishaus in Frage kommen. Stellvertretend dafür sind z.B. Standorte wie das entstandene Behördenzentrum im Ortsteil Südend, die Liegenschaften der Sowjettruppen an der Heegermühler Straße in der Nähe des Bahnhofs oder eine etwaige Sanierung mit Ausbau des bisherigen Standortes zu nennen.

Dessen ungeachtet steht außer Frage, daß eine moderne, freundliche Verwaltung und Politik einen Grundstein für mehr Lebensqualität, Investitionen und Arbeit im Barnim legt.

3. Wirtschaft im Barnim

Das wichtigste, was unsere Region braucht sind Arbeits- und Ausbildungsplätze. Die Schätzung, daß tausende Ausbildungsplätze und Lehrstellen in Berlin und Brandenburg fehlen, zeigt die Dramatik der Lage. Dennoch verfahren die politisch Verantwortlichen weiterhin nach den gleichen, alten Denkweisen. Es fehlt klar an Innovationskraft, die in der

Offener Brief an die Herren Windkritiker

»Klimaschutz, um unsere Landschaft zu schützen«

Noch vor wenigen Jahren waren viele Uckermärker gar nicht, unzureichend oder falsch über unsere Energiepolitik und ihre Folgen informiert. Die Hochwasserkatastrophen der letzten Jahre mit Dutzenden Toten und die Hitzewelle des letzten Sommers mit über 10.000 Hitzetoten allein in Frankreich und Milliarden Schäden durch Ernteausfälle, gerade auch in unserer Region, haben viele Menschen erkennen lassen, daß unser heutiger atomar-fossiler Energiemix für die Zukunft unverantwortlich ist. Auch Tschernobyl ist manchem Uckermärker noch im Kopf. Die größte Rückversicherung der Welt, die Münchner Rück, errechnete, daß bald das gesamte Bruttosozialprodukt der Welt nicht mehr ausreicht, die Schäden an der Natur auszugleichen.

Weiter so geht nicht mehr – energiebedingte Klimaschäden müssen gesenkt und zukünftig verhindert werden.

Die Energiewirtschaft

Windpark bei Prenzlau.

Windrad-Kritiker sprechen von einer Verschandelung der Landschaft, Befürworter von der Rettung des Klimas.



Foto: G.M.

ist noch immer mit Abstand der größte CO₂-Emittent in Deutschland (fast 40 Prozent). Daran ist die Braunkohle mit reichlich der Hälfte, die Verstromung von Steinkohle mit etwa einem Drittel beteiligt. Der Rest entfällt vor allem auf die Verstromung von Erdgas.

Bis 2030 müssen 50% der Kraftwerkskapazitäten von mindestens 50 000 MW Leistung ersetzt werden. Dazu wird ein Investitionsprogramm von 50-60 Milliarden Euro nötig sein. Auf Grund der hohen Wachstumsraten der Windbranche fürchten viele, daß diese in der anstehenden Modernisierung des Kraftwerksparks zusammen mit anderen erneuerbaren Energien und modernen Speichertechnologien den Bau von modernen Kohlekraftwerken verhindern könnte. Der Bau von Kohlekraftwerken ist jedoch nur noch in begrenztem Umfang und auch dann am ehesten als KWK vertretbar. Im Bereich der Stromeinsparung müssen verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Durch die Weiterentwicklung des EEG und Initiativen wie BARUM 111 in Barnim und Uckermark kann der Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050 auf 100 Prozent ansteigen.

Sie wettern gegen die umweltfreundlichen Windstromanlagen. Ihr Hauptargument ist ein ästhetisches: Landschaftsver-

schandelung und Landschaftsschutz, ja und dann wäre die Energie zu teuer, ein Arbeitsplatz würde 140.000 Euro im Jahr kosten, haben wir gerade wieder von Ihnen vernommen. Es gibt tatsächlich noch immer viele Vorurteile gegenüber der Windkraft: zu teuer, zu laut, Windräder gefährden Vögel, Schattenwurf.

Hinter diesen Vorwürfen stehen 15 Jahre alte Probleme, wovon ein Großteil bereits gelöst ist. Rechnet man auf der Seite der konventionellen Energie Folgekosten, wie Schließung der Tagebaulöcher und Rekultivierung, und die Milliarden-Subventionen, welche ihr zufließen, auf, so ist Windstrom gesellschaftlich betrachtet preiswerter und billiger als Atom- oder Kohlestrom.

Untersuchungen besagen auch, daß Vögel an Windrädern vorbeifliegen so wie sie an Strommasten und Kirchtürmen schon immer vorbei geflogen sind. Windräder

dürfen nicht in sensiblen Gebieten errichtet werden. Heutige Windradtechnologie ist leise, es sollte keine Lärmprobleme und keine Schattenprobleme geben, wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Abstände zum nächsten Haus beachtet werden.

Im Sommer 2003 erzeugen in Deutschland über 14.000 Windräder fast fünf Prozent des gesamten Stromverbrauchs, sie ersetzen 5 Atomkraftwerke oder 30 Kohlekraftwerke. Dieser Erfolg wurde nur möglich, weil über 200.000 Menschen in Deutschland in die Windkraft investiert haben. Die Windbranche beschäftigt mittlerweile 41.000 Mitarbeiter.

Fachleute wissen, daß das größte Problem beim weiteren Ausbau weder der Wind noch die Technik ist, sondern die Verteilung des Windstroms über die Netze. Man kann mit weiteren erneuerbaren Energien aber auch heute schon Regelernergie erzeugen, z.B. mit Holz, Naturöl oder Biogas. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien, auch wenn heute noch nicht alle Probleme gelöst sind.

Lieber Herr Windkraftkritiker, es gibt künftig keinen Landschaftsschutz mehr ohne Klimaschutz, und dafür sind auch Windräder unverzichtbar. Auch deutsche Kernkraftwerke sind nicht 100-prozentig sicher und auch sie benötigen Regelernergie.

In den letzten Jahren wurde zudem deutlich, wie gefährlich AKWs wegen möglicher Terroranschläge sein können und der Müll aus Kernkraftwerken strahlt 100.000 Jahre lang. Wir brauchen Alternativen

Die Uckermark hat sich zum Ziel gesetzt, aufgrund ihrer günstigen Voraussetzungen den Anteil an erneuerbaren Energien auf 100% zu steigern und darüber hinaus weitere umweltfreundliche Energie zu produzieren. Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen ohne Ausbau der Windenergie im Land? Die Frage, die wir alle jetzt mitentscheiden müssen, heißt: Braunkohle und Atom oder Wind und andere erneuerbare Energien. Ihr irrationaler, teilweise rückwärts gewandter Kampf gegen Windstrom ruft die Menschen zu einer Richtungsentscheidung gegen erneuerbare Energien auf.

Atomenergie ist gefährlich, auch wenn sie nicht in unserer Region erzeugt wird, die fossilen Brennstoffe gehen bald zu Ende, werden immer teurer und verursachen den Treibhauseffekt; allein ein Energiemix aus erneuerbaren und preiswerten Energieträgern wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Erdwärme und solarem Wasserstoff garantiert einer modernen Region Zukunft.

Über Don Quichotte und seinen romantischen Kampf gegen die Windmühlen haben sich mittlerweile 400 Jahre lang Leser köstlich amüsiert. Ihr heutiger Kampf gegen Windmühlen ist dagegen nur ärgerlich und fortschrittsfeindlich. In der Uckermark stehen viel mehr Strom- und Sendemasten als Windräder. Durch die Netze der Masten fließt überwiegend Atomstrom, was Sie nicht zu stören scheint. Nur die Windräder, die endlich gebaut werden, stören Sie.

Mit solch pauschalen Verunglimpfungen einer modernen Form der Energieerzeugung, wie Sie sie praktizieren, wird das Land nicht zukunftsfähig!

Ein Argument gegen Windenergie ist besonders infam: Windräder kosten Steuergelder. Das trifft sicher für Kohle- und Atomstrom zu, aber Windräder werden von engagierten Bürgern und über eine Umlage von allen Strombeziehern finanziert. Über 220.000 deutsche Bürger investieren inzwischen in Windräder.

Sonne und Wind stehen uns noch Milliarden Jahre zur Verfügung: preisgünstig, umweltfreundlich und ohne die Notwendigkeit von Ressourcen-Kriegen. Jedes Windrad, jede Solaranlage und jede Biogasanlage sind Zeichen des Friedens. Wir brauchen die solare Energie. Wenn wir nicht aufwachen, werden uns die nächsten Katastrophen sehr unsanft aufwecken.

»Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen«

altes chinesisches Sprichwort

Sonnige Grüße und auf einen frischen Wind hoffend, Ihre Solarinitiative.

Reicht das Erdöl länger?

Beim gegenwärtigen Energieverbrauch werden in wenigen Jahrzehnten alle bekannten Erdölvorkommen dieser Erde erschöpft sein. Diese Argumentation ist wohl vertraut. Allerdings stimmt sie nicht ganz. Der Zusatz »bekanntes« meint im Grunde, die bisher »wirtschaftlich nutzbaren« Vorkommen.

Diese Formulierung beinhaltet, daß der technische Fortschritt für immer weiter wachsende Ölreserven sorgt. So gab es beispielsweise 1940 sechs Milliarden Tonnen gesicherte Erdölvorkommen. 1960 waren es 41 Milliarden und heute sind es ca. 165 Milliarden Tonnen. Dazu kommen 100 Milliarden Tonnen vermutete und 210 Milliarden Tonnen die aus Schweröl, Teersand und Ölschiefer gewinnbar wären.

Inzwischen ist Kanada hinter Saudi Arabien das Land mit den zweitgrößten Erdölreserven auf der Welt. Der Grund liegt ganz einfach darin, daß seit diesem Jahr die riesigen kanadische Ölsandvorkommen in die bestätigten Erdölreserven einbezogen wer-

den. Denn neue Fördertechniken haben die Kosten zur Ölförderung in diesem speziellen Fall in den Bereich der Wirtschaftlichkeit gebracht.

Dennoch bleibt Erdöl ein endlicher Rohstoff. Auch wenn mit neuer Technik immer noch weitere Vorkommen wirtschaftlich erschlossen werden können, wird das Erdöl irgendwann aufgebraucht sein. Hinzu kommen Veränderungen, die wegen der Freisetzung des in den fossilen Energieträgern deponierten Kohlendioxids auf uns zukommen. Während die Steigerung der Biomasseproduktion infolge des höheren Kohlenstoffangebots in der Luft wohl eher positiv gesehen wird, gibt es hinsichtlich der Auswirkungen auf das Klima große Befürchtungen. Grund genug, schon heute über Alternativen nachzudenken. Auch in Eberswalde und im Barnim. Zumal hier auf diesem Gebiet schon einiges entstanden ist. Eine Chance für unsere Region.

GERD MARKMANN

Erneuerbare Energie und nachwachsende Rohstoffe

Neue Förderbedingungen ab 2004

Auch im neuen Jahr gibt es attraktive Förderbedingungen für die Installation von Solaranlagen und Biomasseheizungen. Anlagen zur Warmwasserbereitung bis zu einer Größe von 200 Quadratmetern werden ab 1. Januar mit 110 Euro je Quadratmeter Kollektorfläche gefördert. Erstmals wird es im sogenannten Marktanreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien des Bundesumweltministeriums (BMU) auch Zuschüsse für die Erweiterung bestehender Solarwärmanlagen in Höhe von 60 Euro je angefangenen Quadratmeter Kollektorfläche geben. Kommunen und kommunale Unternehmen dürfen ab kommendem Jahr ebenfalls Förderanträge stellen.

Nachdem das »100.000-Dächer-Programm« zur Förderung von Photovoltaikanlagen in diesem Jahr ausgelaufen ist, sorgt ab 2004 eine erhöhte Einspeisevergütung für Solarstrom für Kontinuität in diesem Bereich. Ab 1.1.2004 sollen Anlagen bis 30 kW Leistung, die ausschließlich auf oder an Gebäuden installiert sind, 57,4 Cent pro eingespeiste Kilowattstunde erhalten. Alle Bildungseinrichtungen können künftig pro PV-Anlage einen Zuschuß von 3000 Euro aus dem Marktanreizprogramm beantragen.

Eine deutliche Verbesserung der Förderung wird es für kleinere Holzheizungen geben. Holzpelletöfen bezuschußt der Bund künftig mit 60 Euro je Kilowatt Leistung, mindestens jedoch mit 1.700 Euro je Anlage. Mit einer Mindestfördersumme von 1.000 Euro werden erstmals Holzöfen ohne Dämmung gefördert, die zum Beispiel direkt im Wohnzimmer stehen und in ein Zentralheizungssystem eingebunden sind. Handbefeuerte Holzvergaserheizungen bis

zu 100 kW Leistung erhalten 50,- Euro Förderung je Kilowatt, mindestens 1.500,- Euro je Anlage.

Voraussetzung für eine Förderung von Holzheizungen ist jeweils ein Wirkungsgrad von mindestens 90 Prozent sowie das Vorhandensein eines Pufferspeichers mit einer Mindestgröße von 55 Litern je Kilowatt Leistung. Die Förderung von Stückholzkesseln ist außerdem mit stichprobenartigen Kontrollen verbunden. Als Brennstoff zugelassen ist nur naturbelassenes Holz, das mindestens 2 Jahre getrocknet wurde.

Zusätzliche Anreize gibt es im neuen Jahr auch für den Einsatz natürlicher Dämmstoffe. Wer sein Haus mit Flachs, Hanf, Stroh, Schilf oder Wolle dämmt, bekommt einen Zuschuß zwischen 30 und 40 Euro pro Kubikmeter Dämmmaterial. Nach Angaben der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) speichern diese Produkte Wärme sehr gut, dämmen exzellent und bieten einen hervorragenden sommerlichen Wärmeschutz. Ihre Herstellung benötigt verglichen mit herkömmlichen Materialien wenig Energie und die Entsorgung ist völlig unproblematisch.

Bündnis 90/Die Grünen führen auch im neuen Jahr die Solarstatistik in Eberswalde weiter und bitten, neu installierte oder noch nicht erfaßte Solaranlagen unter der Telefonnummer 03334/384074 anzumelden. Jede gemeldete Anlage bringt Punkte für Eberswalde in der Solarbundesliga. Auch zu den genannten Förderungen geben wir gern Hinweise und Informationen.

KARL-DIETRICH LAFFIN,

Vorstand Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen

Lärm macht krank!

Auch die Brandenburger Landesregierung kommt nicht umhin festzustellen: »Lärm macht krank« (Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der PDS »Lärmschutz«, Drucksache 3/6208). Trotz fehlender empirischer Basis für das Land bestätigt sie den bundesweiten Trend auch für Brandenburg.

Hauptverursacher für Lärmbelastungen ist der Straßenverkehr. Zunehmend ins Blickfeld geraten aber auch Folgen von Freizeitlärm. Die Folgen von Lärmeinwirkungen (ab 65 dB(A) wissenschaftlich erwiesen) – Herz-, Kreislaufkrankungen, erhöhtes Risiko für Herzinfarkt, irreparable Hörschäden bis zur Schwerhörigkeit, Belastung des Immunsystems, erhöhte Anfälligkeit für Allergien – werden von der Landesregierung bestätigt. Sehr richtig bemerkt sie in ihrer Antwort: »Betroffene können sich Lärmbelastungen nur teilweise entziehen.« Genau hier müßte die Politik in ihrer Fürsorgepflicht ansetzen!

Die von ihr selbst gelobten »großen Initiativen« entpuppen sich als Peanuts, wenn beispielsweise auf 57 Gemeinden verwiesen wird, die Lärminderungspläne haben bzw. sie erarbeiten – 57 von ca. 1000 Gemeinden! »Weit über 200 Schüler« hätten seit 2000 das Lärmkabinett am Landesinstitut für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin besucht. Ein Armutszeugnis! Eigenständige Lärmuntersuchungen fehlen fast durchgängig. An Straßen begnügt man sich mit Berechnungen, statt kontinuierliche Messungen des ständig anwachsenden Verkehrs vorzunehmen, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Fluglärmmeßanlagen gibt es lediglich in Schönefeld, nicht aber an den andern Verkehrslandeplätzen.

Über die Lärmbelastung an Schulen lägen der Landesregierung »keine Erkenntnisse« vor. Messungen dort halte sie für »nicht zu vertretenden Arbeitsaufwand«! Wenn man aber weiß, daß bereits eine dauerhafte Belastung von 40 dB(A) zu Lern- und Konzentrationschwierigkeiten führen kann, kommt die Ignoranz der Landesregierung einer Begünstigung von Körperverletzung gleich. Selbst die wenigen, ständig sinkenden Haushaltsmittel, die für kommunale Lärmschutzmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, können nicht ausgeschöpft werden, weil der Anteil der Eigenmittel mit 50% unangemessen hoch ist.

Die PDS fordert von der Landesregierung: – Jährliche Vorlage eines Lärmschutzberichtes mit Lärmkataster und Maßnahmenplan – Initiativen zur Novellierung des seit 1971(!) geltenden Bundes-Fluglärmgesetzes – Reduzierung des Eigenanteils der Gemeinden für Lärmschutzmaßnahmen auf 25%

Lärm ist inzwischen an die zweite Stelle der Umweltprobleme gerückt. Lärm ist ein gesundheitliches, soziales, wirtschaftliches Problem. Es bedarf daher eines ressortübergreifenden Ansatzes zur Bewältigung.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, umweltpolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion Brandenburg

Die letzte Aktion der Arbeiterklasse

Die »Wende« in der DDR wird heutzutage vor allem von Leuten als Revolution gewürdigt, die sonst alles Revolutionäre fürchten, wie der Teufel das Weihwasser. Für andere, die in ihrem Selbstverständnis die Begriffe Revolution und Kampf der Arbeiterklasse für sich gepachtet haben, handelte es sich hingegen um die Konterrevolution schlechthin. Wer hat nun recht? Vierzehn Jahre Abstand sollten reichen, sachlich und unvoreingenommen die damaligen Ereignisse analysieren zu können.

Die zum 40. Republikgeburtstag anschwellenden spontanen Demonstrationen weisen zweifellos Elemente einer klassischen Volksrevolution auf. Kraft schöpften die Aktionen aus der massenhaften Beteiligung der Arbeiterklasse, deren Angehörige auch dem permanenten Ausreisedruck – einem wichtigen Katalysator der Bewegung – die systemändernde Energie gab. Mit den »Runden Tischen« brachte die revolutionäre Bewegung sogar spontan eigene Machtorgane hervor. Wie zu Revolutionen üblich belebte der revolutionäre Schwung nachhaltig das politische und kulturelle Leben.

Wie die meisten deutschen Revolutionen blieb aber auch die »Wende« schon zu Beginn in ihren Ansätzen stecken. Vom ursprünglichen Ziel einer Demokratisierung des realen DDR-Sozialismus kündeten noch die Losungen der großen Demo auf dem Alex am 4. November 1989. Seit der Maueröffnung fünf Tage danach war davon kein Wort mehr zu hören. Die Ausweitung der Revolution auf die ökonomische Sphäre hatte mit vereinzelt Betriebsleiterwahlen ohnehin nur episodischen Charakter.

Sowohl die kleinbürgerlichen Grüppchen der DDR-Oppositionellen als auch die kritischen Kräfte innerhalb der SED waren unfähig, der Revolution Ziel und Führung zu geben.

Die Führungs- und Ziellosigkeit in der DDR schuf nach dem 9. November Raum für eine zunehmende Einflußnahme aus der BRD. Was die folgenden Monate ablief, kann tatsächlich unter dem Begriff »Konterrevolution« zusammengefaßt werden. Die im Oktober 1989 erkämpfte Demokratie erhielt ein bürgerlich-parlamentarisches Korsett. Die »Runden Tische« wurden entmachtet. Die Idee der Übergabe des formalen Volkseigentums in die Hände des Volkes vermittelte einer Treuhandanstalt verkehrte sich gar in die größte Enteignungsaktion der neueren Geschichte.

Die Abwicklung der DDR-Industrie sorgte schließlich dafür, daß von der einst mächtigen Arbeiterklasse nur stark differenzierte Rudimente übrig blieben. Ein Prozeß, der in der alten BRD seit den 60er Jahren abläuft und noch nicht abgeschlossen ist, ging im Osten innerhalb weniger Jahre über die Bühne.

Die »Wende« von 1989 wird wohl somit als die letzte große Aktion der deutschen Arbeiterklasse in die Geschichtsbücher eingehen.

GERD MARKMANN

Keynes und Krieg

Kein Ausweg aus der Krise des kapitalistischen Systems

Im Frühjahr des vergangenen Jahres präsentierte die »Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik« ihre Vorschläge zur Bewältigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise. Die AG versteht sie als Gegengift zum neoliberalen Trend. Die Ökonomen, in der Regel dem linken Flügel der SPD bzw. der Gewerkschaften nahestehend, fordern eine »umgehende Ausweitung öffentlicher Neuinvestitionen ... durch öffentliche Neuverschuldung« sowie über Steuererhöhungen. In einem Zeitraum von zehn Jahren soll der Staat 750 Milliarden Euro in den Wirtschaftskreislauf pumpen.

Dieses Programm fußt auf den Theorien des Briten John Maynard Keynes, der bis heute als der wichtigste Impulsgeber einer sozialen Marktwirtschaft gilt. Seine Vorstellung eines harmonischen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit und Massenelend schien die Voraussagen der sozialistischen Klassiker zu widerlegen.

Rosa Luxemburg etwa hatte in ihrem Hauptwerk »Die Akkumulation des Kapitals« ausgeführt, daß der Kapitalismus, je mehr er die ganze Welt durchdringe, an eine Systemgrenze stoße. In einer globalen Gesellschaft, die nur noch aus Kapitalisten und Proletariern bestünde, müßte der Teil der produzierten Wertmasse, der die Lohnsumme der Arbeiterschaft übertreffe, immer unverkäuflich bleiben – je größer also der produzierte Mehrwert werde, um so schlechter lasse er sich realisieren. Dieses »Realisierungsproblem« könne nur gelöst werden, wenn Kaufkraft von außen zugeführt werde. Bei Luxemburg besteht dieses Außen aus den vorkapitalistischen Landstrichen und Milieus der einfachen Warenproduktion oder des Feudalismus – diese müssen kriegerisch erobert werden.

Auch Keynes analysierte dieses »Realisierungsproblem«, obwohl er, da kein Marxist, ganz andere Kategorien verwendet. Demnach gibt es in marktwirtschaftlichen Systemen aus strukturellen Gründen eine Nachfragerücke, die für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Diese Nachfragerücke muß geschlossen werden, indem die Regierung über Fiskal- und Zinspolitik Industrie und Privathaushalten billiges Geld zur Verfügung stellt. Erhöhung der Geldzirkulation und Staatsverschuldung (»Deficit spending«) sind hierfür obligatorisch. Die innere Kolonisierung (die Entdeckung neuer gesellschaftlicher Aufgaben und ihre Verwandlung in zahlungskräftige Nachfrage durch staatliche Geldschöpfung) könne die äußere (die kriegerische Expansion) überflüssig machen.

Sowohl der New Deal in den USA der dreißiger Jahre als auch die NS-Wirtschaftspolitik fußten auf Staatsverschuldung und darüber fi-

nanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also auf den Prinzipien, denen Keynes 1936 in seiner »General Theory« eine allgemeingültige Fassung gab. In den USA wurde dazu die Notenpresse in Gang gesetzt, in Deutschland wurden fiktive Firmen wie die »Metallurgische Forschungsgemeinschaft« (MeFo) gegründet, auf deren Namen Wechsel ausgegeben wurden. Bereits 1936 erreichte das US-Haushaltsdefizit 4,6 Milliarden Dollar oder 50 Prozent der Bundesausgaben, in Deutschland war die Gesamtsumme der Mefo-Wechsel bereits 1936 auf über 40 Milliarden Reichsmark gestiegen. Als bekannt darf man den Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzbeschaffung und Kriegsvorbereitung in Nazideutschland voraussetzen. Der kriegerische Raub von konstantem und variablem Kapital (d. h. Rohstoffen, Devisen und Arbeitssklaven) sorgte für die Wertdeckung der aufgeblähten Geldmenge in Deutschland. Als am 8. Mai 1945 der grausige Spuk zu Ende war, explodierte die vorher politisch-militärisch zurückgestaute Inflation.

Daß dieser Zusammenhang auch für die USA galt, ist weniger bekannt: Zwar sank dort die Arbeitslosigkeit von 23 Prozent (1933) auf 11,2 Prozent (1937) – ein selbsttragender Wirtschaftsaufschwung kam jedoch nicht zustande. Als die Staatsausgaben, in Keynes' Theorie eigentlich nur als Initialzündung für eine Belebung der privaten Wirtschaftstätigkeit gedacht, 1937 gekürzt wurden, war ein rezessiver Absturz die Folge, der sogar das Ausmaß von 1929 überstieg. Erst mit Kriegseintritt 1941 konnte die Roosevelt-Regierung das Ziel der Vollbeschäftigung erreichen. Auch die USA konnten angesichts gewaltiger Aufblähung der Dollar-Emissionen ihre Währung nur deswegen materiell sichern, weil sie praktisch sämtliche Goldvorräte der Welt im Gegenzug für Rüstungslieferungen in ihren Besitz brachten.

Wenn eine Regierung Geld in Umlauf bringt, das nicht durch die Wirtschaftproduktion gedeckt ist, muß sie für eine andere Art von Deckung sorgen: Indem sie durch kriegerische Eroberung oder militärische Erpressung die Reichtümer anderer Länder unter Kontrolle bringt. Die einzige Form wirklich alternativer Wirtschaftspolitik wäre der staatliche Zugriff auf die Vermögen der Reichen und ihre Nutzbarmachung für Neuinvestitionen. Das nennt man Sozialismus und ist leider außerhalb der Vorstellungswelt der Keynesianer.

JÜRGEN ELSÄSSER
(aus »Junge Welt«, 29.4.2003)

Dieser Beitrag ist auch als (verspätete) Ergänzung zum Artikel »1. Mai als Tag gegen Arbeit« in der BBP 5/2003 zu verstehen.

Lohndumping und bürokratisches Durcheinander

Die im Vermittlungsausschuß im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beschlossene Zumutbarkeitsgrenze öffnet Lohndumping in Deutschland Tür und Tor.

Es ist wenig überzeugend, wenn die Politik Dumpinglöhne gesetzlich ermöglicht und gleichzeitig darauf hofft, daß die Rechtsprechung dies verhindert. Tatsache ist, daß jede Arbeit – auch unterhalb der Sozialhilfeschwelle – zumutbar sein wird. Andernfalls droht der Entzug des Existenzminimums. Das bedeutet: Jeder, der 12 Monate arbeitslos ist, erhält nur noch 331 EUR (West: 345 EUR) Arbeitslosenhilfe und muß außerdem jede angebotene Arbeit annehmen, egal wie schlecht sie bezahlt wird – auch wenn es weniger als das Arbeitslosengeld 2 ist.

Einschränkungen hinsichtlich der Verdiensthöhe fehlen völlig. Selbst britische Verhältnisse sollen noch unterschritten werden können. Während in Großbritannien zum Beispiel ein gesetzlicher Mindestlohn von 6,90 Euro pro Stunde gilt, oder in den Niederlanden von 7,80 Euro, sollen bei uns künftig Langzeitarbeitslose zu Billig-Jobs gezwungen werden können, die deutlich darunter liegen. Da keinerlei Berufsschutz gilt, können zum Beispiel auch Facharbeiter oder qualifizierte Angestellte zur Annahme jeder ungelerten Hilfsarbeitertätigkeit gezwungen werden, solange diese Jobs nicht sittenwidrig sind. Doch selbst der Tatbestand des Lohnwuchers wird nicht einmal bundeseinheitlich vom Gesetz definiert. Zudem können Langzeitarbeitslose, die zuvor 20 oder 30 Jahre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet haben, in Billigjobs gezwungen werden. Der ohnehin

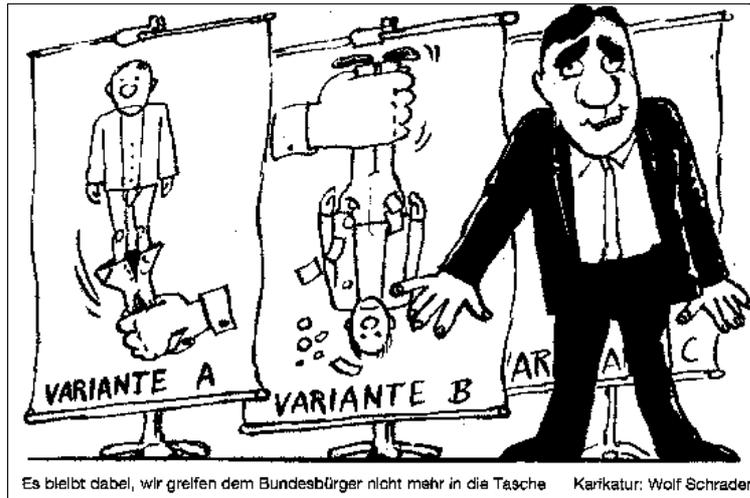
niedrige Stundenlohn – zum Beispiel als Gebäudereiniger von 7,94 Euro – darf dabei noch um 30 Prozent unterschritten werden, ebenso wie der Stundenlohn von 8,28 Euro im Einzelhandel. Damit werden Hungerlöhne zugelassen, die nicht einmal das gesellschaftliche Existenzminimum sichern können.

Darüber hinaus darf die Zusammenle-

Die berufliche Eingliederung Langzeitarbeitsloser darf nicht zum Experimentierfeld für Rosinenpickerei und neuen Abschiebemanövern werden. Die Folge wäre ein lähmendes und bürokratisches Durcheinander, das eine einheitliche Betreuung von Langzeitarbeitslosen unmöglich macht. Entscheidend ist, daß eine pragmatische Zusammenarbeit von Bundesanstalt für Arbeit

(BA) und Kommunen verbindlich geplant und ohne Verzögerung umgesetzt werden kann.

Volkswirtschaftlich bedeutet dies alles einen starken Druck auf die unteren Lohngruppen, die oft ohnehin nur unzureichend durch Tarifverträge geschützt sind. Außerdem werden damit



Praktisch alle ArbeitnehmerInnen in soziale Unsicherheit gestürzt. Nach 12 Monaten bleibt nur noch Sozialhilfe oder Arbeit zu Niedriglöhnen.

Wie gleichzeitig, in einem Klima von Angst vor Abstieg und Ungleichheit ein ökologisch-sozialer Umbau gelingen soll, bleibt das Geheimnis der rot-grünen Bundesregierung.

OLAF HIMMEL, DGB Uckermark/Barnim

praktisch alle ArbeitnehmerInnen in soziale Unsicherheit gestürzt. Nach 12 Monaten bleibt nur noch Sozialhilfe oder Arbeit zu Niedriglöhnen.

Wie gleichzeitig, in einem Klima von Angst vor Abstieg und Ungleichheit ein ökologisch-sozialer Umbau gelingen soll, bleibt das Geheimnis der rot-grünen Bundesregierung.

OLAF HIMMEL, DGB Uckermark/Barnim

Bürgerhaushalt für mehr Bürgerbeteiligung

Die PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg hat will sich mit einer Großen Anfrage zum Thema »Bürgerbeteiligung am Haushalt« an die Landesregierung wenden. Ziel dieser Großen Anfrage ist es, die im Land Brandenburg entstehenden Initiativen für eine partizipative Haushaltsführung zu unterstützen. Die PDS sieht in den Bürgerhaushalten eine Möglichkeit, die Bürger wieder stärker an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Gerade angesichts der ständig sinkenden Wahlbeteiligung könnte darin eine Chance gegen Frustration und Resignation liegen. Mehr Bürgerbeteiligung am Haushalt würde tatsächlich die kommunale Demokratie stärken und ist – im Gegensatz zur Schönbohmischen Gemeindegebetsreform von oben – eine Idee von unten.

Aus diesen Gründen fragt die PDS die Landesregierung nach ihren Positionen, nach bisherigen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung im Land Brandenburg, nach vorhandenen rechtlichen Hindernissen und möglichen Förderungen für solche Modellvorhaben. Die PDS fragt weiter nach der

Einschätzung der Landesregierung hinsichtlich internationaler und bundesdeutscher Erfahrungen mit partizipativen Haushalten, insbesondere nach der Auswertung des »Orçamento Partizipativo« in der südbrasilianischen Stadt Porto Alegre, in der diese Idee weitgehend entwickelt wurde und seit nunmehr 14 Jahren sehr erfolgreich praktiziert wird.

Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. unterstützt die Idee der Bürgerhaushalte. Deshalb bietet sie Workshops zu dem Thema an. Auf einer Internet-Seite gibt es allgemeine Informationen zum Bürgerhaushalt, werden vor allem aber die verschiedenen Entwicklungen in den brandenburgischen Kommunen dokumentiert. Darüber hinaus sollen auch Positionen auf Landesebene aufgenommen werden. Die Seite unter dem Namen (www.buergerhaushalt-brandenburg.de) wird schrittweise aufgebaut. Erste Elemente sind seit dem 1. Dezember 2003 verfügbar.

ANDREAS TRUNSCHKE, MdL und Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V.

»Bin kein Liquidator«

Eberswalde (bbp). Schon während des LAGA-Berichtes auf der Dezember-StVV macht Dr. Bernd Hensch einen sehr müden Eindruck. Von der Zusammenarbeit mit Reinhard Lakomy habe er sich mehr erhofft. Die entstandenen Probleme sieht er dabei ausschließlich durch Lakomy verursacht. Inzwischen liegen andere Konzepte vor, deren finanzielle Untersetzung allerdings ausschließlich in den GmbH-Gremien diskutiert werden. Dr. Hensch ließ die Stadtverordneten nur soviel wissen, daß sich die wirtschaftliche Situation innerhalb weniger Wochen erheblich verschlechtert habe. Das vorliegende »stolle Konzept« lasse sich nur bei Vorhandensein einer über wenigstens drei Jahre gesicherten Förderung verwirklichen. Für die Realisierung des Konzeptes stehe er unter den genannten Voraussetzungen gerne zur Verfügung. Er glaubt, daß es von Erfolg gekrönt würde. Er sei ein Projektmacher, aber kein Liquidator.

Wie Dr. Hensch Anfang des Jahres mitteilte, hat er zum 31.12.2003 sein Amt als Geschäftsführer der LAGA-GmbH niedergelegt.

Auf uns'rem Mist gewachsen

Stolpe kann von seinem Hobby, immer mal irgendwas einzuweihen oder zu eröffnen, nicht lassen. Waren es früher der Lausitz-Ring, der laut Stolpe über 5000 Arbeitsplätze bringen sollte; die Cargo-Lifter Großhalle oder ein Flugplätzchen da und. ein Motorenwerk dort, sind es heute vor allem Brücken und Autobahnabschnitte. Beide haben den Vorteil, daß sie später nicht in die Pleite kommen können.

In einem Interview sagte der derzeitige BILD-Chef und Bohlen-Freund, ein Herr Irwendner, daß er seinen derzeitigen Job als Höhepunkt seiner Karriere betrachte. Seltsame Äußerung. Andere sehen im Amt des BILD-Chefredakteurs eines, mit dem man nicht tiefer sinken kann.

Als der Leinwandkiller Schwarzenegger noch nicht Gouvernator von Kalifornien war, besuchte er – auf Promoschn-Tour – auch Old Germany. Miprä Platzeck ließ es sich nicht nehmen, sein Bedauern darüber auszudrücken, daß er dem mörderischen Muskelprotz nicht persönlich begegnet sei. Also dem Mann, der einige hundert Millionen Dollar damit verdient hat, einem vorwiegend jugendlichen Publikum vorzuführen, wie man Konflikte löst: per Totschlag, Maschinengewehr und Laserpistole. Ein paar Tage nach Platzecks Äußerung forderte Bildungsminister Reiche die märkische Lehrerschaft auf, das Toleranzprinzip und Modelle friedlicher Konfliktlösungen im Unterricht stärker durchzusetzen...

In einem Supermarkt an der Peripherie der Kreisstadt war in der letzten Woche ein Kilogramm Schweinebraten »im Angebot« für 4,90 Euro zu haben. Und Traubenwein für 2,99 das Kilo. Im Herbst vor der Einführung der neuen Währung kostete, nicht im »Angebot«, das Fleisch vom Schwein 5,50 DM und der Traubenwein DM 1,99. Wie spruch der Kanzler? »Das ist nur ein subjektives Preisempfinden, die Realität ist anders!«

P.S.

**Beratung für
Kriegsdienstverweigerer**
Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr
mit *Thomas Lehmann*

Begegnungszentrum
»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde,
Brautstraße 34,
Tel. 03334/22398

AGENDA 2010 - ein Blick in die Zukunft

Es ist Montag, der 3. Juni 2010, 5 Uhr morgens. Der Radiowecker reißt Günther S. (46) aus dem Schlaf. Der Oldie-Sender spielt Modern Talking. Herr S. quält sich aus dem Bett. Gestern ist es etwas später geworden.

Bei der Arbeit. Dienst am Pfingstsonntag – mal wieder. Früher konnte er danach wenigstens ausschlafen. »Ja ja, der Pfingstmontag«, murmelt Herr S., »ist das wirklich schon sieben Jahre her?«

Es hat sich wirklich einiges getan seit damals. Nur nicht in seinem Haus. Als 2005 die Eigenheimzulage plötzlich doch gestrichen wurde, mußten sie eben Abstriche machen. Und inzwischen hat sich Familie S. an die frei liegenden Leitungen, den Betonfußboden gewöhnt.

Gut, denkt Herr S., daß damals die Garage noch nicht fertig war. Denn der Wagen ist längst verkauft. Zu teuer, seit es keine Kilometerpauschale mehr gibt.

Und mit Bus und Bahn dauert es in die City ja auch nur zwei Stunden. Und was man dabei für nette Leute trifft. Zum Beispiel die Blondine, die Herr S. immer so reizend anlächelt. Zurücklächeln mag er nicht. Wegen seiner Zähne. Aber was will man machen? 3000 Euro für zwei Kronen sind viel Geld. Und schon die Brille mußte er selbst bezahlen. Hat dabei aber 15 Euro gespart. Weil er nicht gleich zum Augen-, sondern erst zum Hausarzt gegangen ist. Wegen der Überweisung.

Trotzdem: Der Urlaub fällt flach. »Das könnte Ärger geben zu Hause«, stöhnt Herr S. vor sich hin. Traurig erinnert er sich an letz-

te Weihnachten. Als es nichts gab. 2009 wurde nämlich auch in der freien Wirtschaft das Weihnachtsgeld gestrichen. Im öffentlichen Dienst ist das ja schon länger her. »Und bis wann gab's eigentlich Urlaubsgeld?«, fragt sich Herr S. – er kommt nicht drauf.

Damals hatte man jedenfalls noch genügend Urlaub, um das Urlaubsgeld auszugeben. Heute sind's ja gerade mal 19 Tage im Jahr. Pfingstmontag? 1. Mai? Geschichte. Das stand nicht auf der Agenda 2010 – so hieß sie doch, oder? Aber man soll nicht meckern. Die da oben, weiß Herr S., müssen noch viel mehr ackern.

Darum kann Günther S. mit der 45-Stunden-Woche auch ganz gut leben. Er hat auch keine Wahl. Seit der Kündigungsschutz auch in großen Betrieben gelockert wurde, mag man es sich mit den Bossen nicht mehr verscherzen. Wer will sich schon einreihen in das Heer von sechs Millionen Arbeitslosen? Aber den Feiertagszuschlag für den Dienst an Pfingsten vermißt er schon.

Was soll's, in 23 Jahren hat Herr S. es hinter sich. So üppig wird die Rente zwar nicht ausfallen, wenn das mit den Nullrunden so weitergeht.

Doch wer weiß: Vielleicht bringt ihn das Rauchen vorher um. Obwohl er weniger qualmt, seit die Schachtel neun Euro kostet. Aber heute, auf den letzten Metern zum Büro, steckt Günther S. sich trotzdem eine an.

SVEN DÖRING

9. Tourismuskonferenz

Bernau (de/bbp). Auf Einladung der Bernauer Landtagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (PDS) und des Wirtschaftsdezernenten des Landkreises Barnim, Carsten Bockhardt, findet die 9. Tourismuskonferenz am 26. Januar 2004 in der Zeit von 14 bis 17 Uhr in Bernau, Treff 23, Breitscheidstr. 43a statt.

Zentrales Thema soll diesmal sein: »Tourismusförderung ist aktive Wirtschaftsförderung«. Ein weiterer Schwerpunkt gilt darüber hinaus den »Bundespolitischen Rahmenbedingungen für die Tourismusentwicklung in Ostdeutschland«. Als kompetenter Gast konnte zu diesem Thema der Präsident des Deutschen Tourismusverbandes und Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Tilo Braune gewonnen werden. Als weiteren Gast kann der Geschäftsführer der Tourismus Marketing Gesellschaft Brandenburg, TMB, Dieter Hütte begrüßt werden.

Diskutiert werden sollen hier insbesondere die Chancen, die der Tourismus in strukturschwachen Regionen für den Erhalt und die

Ansiedlung neuer Arbeitsplätze bietet sowie die Maßnahmen des Bundes, eine solche Entwicklung zu fördern.

Für das Jahr 2003 blicken die Veranstalter mit Stolz auf drei erfolgreich durchgeführte Tourismuskonferenzen zurück. Dabei ging es u.a. um touristische Aspekte des Landeswaldgesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes, um Förderinstrumente des Bundes und des Landes für die Tourismusentwicklung sowie um Schlußfolgerungen aus dem Tourismusbarometer des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes für das Land Brandenburg und den Kreis Barnim.

Auf dem Plan für 2004 stehen über die Januar-Konferenz hinaus als weitere Themenschwerpunkte:

- »Tourismusentwicklung und Zusammenarbeit mit den Medien«,
- »Tourismusregion Barnim im Zeichen der EU-Osterweiterung«,
- »Luftkurorte für den Barnim« und
- ein Thema das sich mit dem vielschichtigen Verhältnis »Reisen mit Tieren, Reisen zu Tieren« befassen soll.

Barnimer Bürgerpost im Jahr 2003

Auch künftig keine »Rosa Brille«

DAS Jubiläum es vergangenen Jahres haben wir schlicht und einfach verpaßt. Bereits im Mai 2003 erschien die 100. Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost«.

Nun gut, die Jubelfeiern überlassen wir gern anderen, die sich gewiß sein können, daß wir ihre »Rosa Brille« auch für die nächsten 100 Bürgerpost-Ausgaben nicht aufsetzen werden. Solche Bemühungen waren im abgelaufenen Jahr vergebens und werden auch in Zukunft nicht fruchten.

Ungeachtet solcher Machenaschaften stieg nochmals die Anzahl der Autoren, die im Jahr 2003 für die inhaltliche Vielfalt der »Barnimer Bürgerpost« sorgten. Folgenden 105 Autoren gilt unser spezieller Dank:

I. Achmatowa, V. Iwanow und I. Iwanow, Dr. Siegfried Adler, Michael Ahlers, Wolfgang Albrecht, Rudolf Behm, Ellen Behring, Kurt Berus, Erich Bindig, H.-J. Bull, Lothar Burkhardt, Lothar Danner, Karl Dietz, Heinz Döberstein, Gisela Emons, Dr. Dagmar Enkelmann, Wolf von Fabek, U. Fahlberg, Andreas Fennert, Florian Fennert, Daniel Fischer, Tom Foley, Kurt Gempin, Reimar Gilsenbach, Ekhart Grabbert, Jürgen Grahl, Guido Grüner, Dr. Mohamed Hamdali, Heike Haseloff, Wolfgang Hein, Waldemar Hickel, Olaf Himmel, Günter Hof, Dr. Martin Jenssen, Ulrich Jochimsen, Prof. Dr. Norbert Jung, Dieter Kempfert, Thorsten Kleinteich, Dr. Heinz Knoll, Kurt Kretschmann, Robert Kurz, Thomas Kuther, Karl-Dietrich Laffin, Reinhard Lakomy, Uwe Ledwig, Uta Leichsenring, Hartmut Lindner, Reimer Loose, Falko Lüdtke, Dr. Ursel Lutze, Margitta Mächtig, Johannes Madeja, Silke Markmann, Dorothea Martin, Christoph Mathys, Jürgen Klaus Meißner, Klaus Meißner, Bärbel Mierau, Christoph Mix, Klaus Morgenstern, Ingo Naumann, Rainer Naumann, Peter Nowak, Kerstin Osten, Volker

Passoke, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Wolfram Pfreundschuh, Hans Pieper, Dr. Ulrich Pofahl, Bernd Pomraenke, Gerhard Popien, Simone Rafael, Manuela Ramoth, Martin Rausch, Christian Rehmer, Dr. Johanna Rothe, Rolf Richter, Angelika Röder, Wolfgang Sachse, Sandra, Heinz Schäfer, Markus Schäfer, Franz Schandl, Daniel Schneider, Rainer Schülke, Hartwin Schulz, Reinhard Schulz, Erich Schuppan, Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Fred Sponner, Matthias Spittmann, Siegfried Sternbeck, Andreas Sult, Anita Tack, Joachim Tost, Norbert Trenkle, Albrecht Triller, Dominique Voigt, Christian Wapler, Kornelia Wehlan, Reinhard Wienke, Hans-Dieter Winkler, Frank Ehling äußerte sich in einem Interview.

Redaktion und Vereinsvorstand danken zudem allen, die durch ihre Mitarbeit bei Produktion und Vertrieb sowie durch finanzielle Zuwendungen das Erscheinen der »Barnimer Bürgerpost« ermöglichten.

Neu im Jahr 2003 war die Ausweitung unserer Aktivitäten in den Bereich der modernen Kommunikationsmedien. Mit dem »BBP-Forum« steht unseren Abonentinnen und Abonnenten ein E-Mail-basiertes Informations- und Diskussionsforum zur Verfügung (bbp-forum-subscribe@yahoo-groups.de). Hilfe zur Schaffung einer qualifizierten Homepage nehmen wir gerne an. Auch auf anderen Gebieten braucht unser Projekt Ihre tatkräftige Hilfe und Unterstützung. Es gibt nach wie vor viele Ideen, neue Themenfelder zu erschließen. Wir erwarten Sie mit offenen Armen. Finanzielle Spenden und vor allem Angebote zur persönlichen Mitarbeit, ob als Autor, in der Redaktion oder im Vertrieb, sind darüberhinaus natürlich zu jeder Zeit willkommen.

GERD MARKMANN

(Redakteur der Barnimer Bürgerpost)

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressengesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Um-

PDS Barnim lädt Basisvertreter zum Arbeitstreffen:

Was sind die politischen Schwerpunkte 2004?

Bernau (bbp). Der Kreisvorstand der PDS Barnim hat für den 24. Januar Kommunalabgeordnete und Basisvertreter der Partei zu einem Arbeitstreffen eingeladen. Ausgehend von der vom Landesparteitag beschlossenen Wahlstrategie und den »Leitlinien zur Parteireform« sollen konkrete Schwerpunkte zur innerparteilichen Arbeit und zur Kommunalpolitik im Landkreis Barnim abgeleitet werden. Dabei geht es um die Organisation der Parteiarbeit nach der Gemeindegebietsreform, die Anforderungen aus der anstehenden Parteireform und darum, welche politischen Schwerpunkte aus Sicht der Basisorganisationen zu setzen sind und an welchen thematischen Arbeitsgruppen Interesse besteht. Auch die Zukunft der »kleinen« Zeitun-

gen der PDS Barnim steht zur Debatte.

Auf dem Gebiet der Kommunalpolitik geht es um eine erste Bilanz nach der Konstituierung der kommunalen Vertretungen. Davon ausgehend wird die Frage gestellt, welche Schwerpunkte die Kreisorganisation in der Kommunalpolitik setzen soll und wie die Zusammenarbeit und Vernetzung der PDS-Abgeordneten im Kreis organisiert werden kann.

Der Kreisvorstand wird im Vorfeld des Arbeitstreffens die wichtigsten Thesen und Diskussionsschwerpunkte in einem Papier zusammenfassen und erläutern. Das Arbeitstreffen am 24. Januar findet im »Landhaus Landeburg« statt und beginnt um 9.30 Uhr.

Einwohnerversammlung zum Thema Garagen

Am 15. Januar 2004 findet in der Feuerwache, Eberswalder Straße 41a, um 18 Uhr eine Einwohnerversammlung für die Finower Bürger zum Thema Garagen- und Erholungsgrundstücke statt.

Ziel der Einwohnerversammlung ist es, die Garagen- und Datschenbesitzer über neuere Entwicklungen zu informieren und mit ihnen über notwendige Schlussfolgerungen zu diskutieren. Eine besondere Rolle

wird die Möglichkeit des Grundstückskaufs spielen. Alle an diesem Thema interessierten Finower Bürger sind herzlich eingeladen, aber auch Bürger aus anderen Stadtteilen sind gern gesehen.

Eingeladen sind auch Herr Bessel, Sachgebietsleiter Grundstücksverwaltung der Stadt Eberswalde und Herr von Dabrowski vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer.

ALBRECHTTRILLER,
Ortsbürgermeister Finow

Integrationsfreizeiten am Werbellinsee

Altenhof (abb). Spiel und Spaß am Werbellinsee auch im Jahr 2004. Während der Sommerferien tobt wieder der Bär in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte (EJB). In Abhängigkeit von der Förderung durch das Sozialministerium Brandenburg bieten wir Kindern und Jugendlichen

mit und ohne Handicap Erlebnisfreizeiten in zwei Durchgängen an. Vom 10. bis 24. Juli und 25. Juli bis 07. August 2004 können jeweils 115 Teilnehmer bei Spiel, Spaß, schönen Festen und aufregenden Abenteuern unbeschwerter Ferien erleben.

Seite 5

Anzeigen

Luxemburg-Liebkecht-Ehrung am 11.1.2004

Am 15. Januar jährt sich die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zum 85. mal.

Setzen wir mit dem ehrenden Gedenken an Rosa und Karl ein Zeichen für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Kommt am 11. Januar 2004 zwischen 9 und 13 Uhr in die Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde.

PDS-Stadtverband Eberswalde

Die Eberswalder Basisgruppe der **Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft** lädt ihre Freunde für den 20. Januar, um 14.30 Uhr, in ihre Räumlichkeiten in der Eberswalder Brunnenstraße 15 ein. Thema der ersten Veranstaltung im neuen Jahr ist ein Rückblick auf die Freundschaftsarbeit im Jahr 2003. Vorschau: 18. Februar, 14.30 Uhr, Brunnenstraße, »So lebt man in Kasachstan«

W. HICKEL

»SCHARFE SCHAFE – Geschorenes zum antideutschen Bellizismus«

Mit Beiträgen von Norbert Trenkle, Micha Böhme, Martin Dornis, Kennetz Plasa, Robert Kurz, Franz Schandl, Ernst Lohoff u.a.

Bestellungen: Horst Ribbeck, Lohnsfelder Höhe 7, 42369 Wuppertal, horibeck@t-online.de, Konto: Förderverein Krisis, Postbank Nürnberg 300 114 859, BLZ 760 100 85

Bestellungen nur mit gleichzeitiger Vorkasse entweder in bar oder durch Überweisung

www.krisis.org, www.streifzuege.org

Scharfe Schafe

Geschorenes zum antideutschen Bellizismus

Herausgegeben von Krisis

Preis Euro 5,-

Unsere Broschüre gegen die Antideutschen ist jetzt als PDF-Datei auf unserer Homepage www.krisis.org zugänglich. Die Printversion kann weiterhin bestellt werden, jetzt zu folgenden Bedingungen: 1 Exemplar kostet nach wie vor 5 Euro, 5 Exemplare jedoch bloß 12 Euro, 10 Exemplare 20 Euro.

FRANZ SCHANDL, für die Redaktion der Krisis

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 75 111 125 96

e-mail: bbp@telta.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (nur für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

redaktionsschluß: 4. Januar 2004

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 31.1.2004, 12 Uhr.